Nr. 44 × 19. Jahrgang

Berlin, 4. November 1911

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Freie Konkurrenz oder Organisation?

I.

-r. Die freie Betätigung seiner Kräfte und die ungehinderte Durchsetzung seines eigenen Willens war nach kapitalistischer Auffassung das gute Recht eines jeden Menschen. Jedes Individuum war befugt, sich seine Lebenslage so zu gestalten, wie seine Fähigkeiten und Kräfte ihm dies gestatteten, es hatte das Recht, alle die Mittel auszuwählen und anzuwenden, die ihm zu seinen Zwecken förderlich schienen, sofern nur diese Mittel nicht gegen die allgemeinen Gesetze des Staates verstießen. Sonst war jeder äußere Eingriff in das Tun und Lassen der Menschen untersagt und die weitgehendste persönliche Bewegungsfreiheit war die Grundlage des menschlichen Zusammenlebens im Zeitalter des modernen Kapitalismus geworden. Da jeder Mensch berechtigt war, seine beiden Ellenbogen zu gebrauchen, um seine Konkurrenten beiseite zu schieben und sich selbst einen Platz an der Sonne zu erkämpfen, so hatte sich eine eigenartige individualistische Moral entwickelt, die das private Interesse des einzelnen in den Vordergrund drängte nach dem Satze: „Erst komme ich und dann komme ich noch einmal und dann kommt ihr anderen noch lange nicht!" Eine bewußte Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe anderer Menschen gab es nicht, jeder suchte seinen eigenen Vorteil, so gut er konnte, nur mußte er die Gesetzesparagraphen respektieren. Man durfte also keinen Menschen bestehlen, berauben oder betrügen, wohl aber war es erlaubt, ihm durch schlaue Manöver den letzten Pfennig aus der Tasche zu ziehen, man durfte seinem Nachbarn nicht das Haus über dem Kopfe anzünden, wohl aber war es erlaubt, ihn wirtschaftlich zu ruinieren und von Haus und Hof zu verjagen. Die Methode der mittelalterlichen Raubritter, die auf Wegen und Stegen Beute machten, war veraltet und galt als rückständig, dafür waren aber die modernen Raubritter auf der Bildfläche erschienen, die Land und Leute ausplünderten.

Gegenüber der Gebundenheit der mittelalterlichen Menschen erschien diese schrankenlose Bewegungsfreiheit als ein Fortschritt, weil sie den Eigennutz, das private Interesse des einzelnen in einer bisher unbekannten Weise aufstachelte und ganz neue Kräfte in der Menschheit erweckte. Es entstand infolge der freien Konkurrenz ein reger Wetteifer unter den Menschen, wodurch die Leistungsfähigkeit des einzelnen und der Gesamtheit in hohem Maße stieg und wodurch eine Kultur geschaffen wurde, wie sie die Welt noch niemals gesehen hatte. Ein geradezu berauschender Reichtum ergoß sich über die Kulturvölker, wovon aber leider die Unterschichten nicht berührt wurden. Der Konkurrenzkampf im Wirtschaftsleben, der die persönliche Kraft und die persönliche Entschließung des einzelnen anspornte, ertötete den Gedanken an die Gemeinsamkeit der Interessen und die Gemeinschaftlichkeit des Arbeitens. Dieser gegenseitige Kampf aller gegen alle wurde als das Allheilmittel erklärt, um die Menschheit emporzuheben, und der Zusammenschluß der Menschen zu gemeinsamen Zwecken galt als ein Rückfall ins finstere Mittelalter und als ein Zeichen von Schwäche. Aus dieser Anschauungsweise erwuchs die Gegnerschaft gegen jede Art von Organisation, und die Organisationslosigkeit, die in dem Satze: „Jeder für sich und Gott für uns alle!" ihren Ausdruck fand, prägte dem Wirtschaftsleben seinen Stempel auf. Jeder sollte den Existenzkampf auf eigene Faust führen — so verlangte es die liberal-kapitalistische Weltanschauung.

Wie allgemein bekannt ist, hat die wirtschaftliche Entwickelung diesen Grundsatz längst über Bord geworfen und auch das Unternehmertum hat sich dem Organisationsgedanken zugewandt. Die Freiheitsgesänge sind verstummt, die Freiheitsphrasen ziehen nicht mehr, heutzutage gilt es, auf dem Wege des Zusammenschlusses sein Ziel zu erreichen. Der Einzelkampf ist durch den Gruppenkampf ersetzt worden, die freie Konkurrenz hat der gegenseitigen Vereinbarung Platz gemacht, die Organisationslosigkeit gilt als überwundener Standpunkt und das Banner der Organisation flattert über den wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen.

Für einen Soziologen ist es äußerst interessant, mit kritischen Blicken zu verfolgen, wie sich dieser Umschwung vollzogen hat und wie es gekommen ist, daß der Kapitalismus als Weltanschauung und Wirtschaftsprinzip hat abdanken müssen. Auch unsere Leser dürfte es interessieren, die Entwickelung von der freien Konkurrenz zum organisierten Wirtschaftskampf kennen zu lernen.

Das kapitalistische Getriebe läßt sich nur dann verstehen, wenn man die Gesetze begreift, unter denen Kaufen und Verkaufen vor sich gehen. Kauf und Verkauf sind die grundlegenden Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens und aus dem Gegensatze zwischen Käufer und Verkäufer erklärt sich der moderne Konkurrenzkampf; es erklärt sich hieraus auch die Entwickelung von der Vereinzelung zur Vereinigung.

Kapitalisten und Arbeiter sind Doppelwesen, sie sind Käufer und Verkäufer in einer Person. Der Kapitalist kauft Produktivmittel: Rohmaterialien, Werkzeuge usw., und er kauft Arbeitskräfte; die von ihm hergestellten Waren verkauft er wieder. Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft und für den Lohn kauft er alle die Waren, die er zum Lebensunterhalt gebraucht. Der Kapitalist ist zunächst Käufer und dann erst Verkäufer, denn er besitzt Geld, der Arbeiter ist zunächst Verkäufer und dann erst Käufer, denn er besitzt kein Geld. Der Arbeiter muß erst seine Arbeitskraft verkaufen, ehe er andere Waren kaufen kann, woraus sich seine wirtschaftliche Abhängigkeit vom Kapitalisten ganz von selbst ergibt.

Der bemerkenswerteste Interessengegensatz zwischen Käufer und Verkäufer besteht darin, daß der Käufer billig kaufen und daß der Verkäufer teuer verkaufen will; ersterer will für wenig Geld viel Ware haben, letzterer will für viel Geld wenig Ware geben. Auf dem Warenmarkte zeigt sich dies deutlich, wenn zwei Leute ein Geschäft miteinander abschließen wollen; der eine fordert einen hohen Preis, der andere bietet einen niedrigen Preis. Auf dem Arbeitsmarkt macht sich dieser Gegensatz darin bemerkbar, daß der Unternehmer, als Käufer der Arbeitskraft, für wenig Geld viel Arbeitskraft haben will, weshalb er für niedrigen Arbeitslohn, lange Arbeitszeit und intensive Arbeitsweise schwärmt, der Arbeiter, als Verkäufer der Arbeitskraft, will für viel Geld wenig Ware geben, weshalb er hohen Arbeitslohn, kurze Arbeitszeit und mäßige Arbeitsintensität erstrebt. Beiden erscheint die Vertretung ihrer Interessen als ihr gutes Recht, und überall, wo sich zwei Rechtsansprüche gegenüberstehen, muß es zu einem Kampfe kommen, in dem immer der Stärkere siegt. Und so ist denn der Kampf zwischen Kapital und Arbeit auf der ganzen Linie ausgebrochen.

In dem Kampf zwischen Käufer und Verkäufer spielt, wie wir sahen, der Preis der betreffenden Ware die ausschlaggebende Rolle: der Käufer sucht die Warenpreise zu drücken, der Verkäufer will sie in die Höhe treiben. Nun richtet sich unter der Herrschaft der freien Konkurrenz der Preis nach Angebot und Nachfrage: sind viele Waren am Markte und ist die Nachfrage gering, so ist der Preis niedrig, sind nur wenige Waren am Markte und ist die Nachfrage stark, so ist der Preis hoch. Geringes Angebot und starke Nachfrage steigert die Preise, starkes Angebot und geringe Nachfrage drückt die Preise. Selbstverständlich tritt diese Wirkung nur dort zutage, wo das freie Spiel der Kräfte waltet und wo keine Regelung von Angebot und Nachfrage stattfindet. Wird das Angebot künstlich vermehrt oder vermindert, wird die Nachfrage künstlich gesteigert oder eingeschränkt, so wird dadurch das Gesetz von Angebot und Nachfrage aufgehoben und es tritt eine künstliche Preisbildung ein.

Nun gibt es Mittel, die Preisbildung künstlich im Sinne des Käufers oder des Verkäufers zu beeinflussen. Da ist zunächst die Monopolisierung eines Gewerbes. Wer ein Monopol auf die Herstellung oder den Vertrieb einer bestimmten Ware besitzt, das heißt, wer allein das Recht hat, eine Ware auf den Markt zu bringen, der ist in der Lage, immer nur so viel Ware zum Verkauf zu stellen, daß er den gewünschten Preis erzielt. Es sind eben keine Konkurrenten da, die den Markt überschwemmen und ihre Waren zu Schleuderpreisen anbieten. Ein anderes Mittel, durch Verminderung des Angebots die Preise zu steigern, wenden unsere Agrarier an, indem sie ihren Einfluß auf Staat und Reichstag zu egoistischen Zwecken ausnutzen. Wenn sie durch hohe Schutzzölle das ausländische Getreide von unseren Grenzen fernhalten, wenn sie durch Einfuhrverbote dem fremden Vieh den Eintritt in unser Land versperren, wenn sie durch eine raffiniert ausgeklügelte Verkehrspolitik den Transport von Nahrungsmitteln aus dem Auslande nach Möglichkeit erschweren, so geschieht dies alles ausgesprochenermaßen zu dem Zwecke, um die Inlandspreise in die Höhe zu treiben und dadurch den Agrariern Millionen und abermals Millionen als Extraprofite in die Tasche zu spielen.

Aber noch ein and[illegible] wirksames Mittel gibt es, durch Auf[illegible] [illegible]kurrenz auf dem Waren- und Arbeitsmarkte das Gesetz von Angebot und Nachfrage zu durchbrechen und so die Preisbildung zu beeinflussen. Dies Mittel ist die Organisation, der Zusammenschluß gleichstrebender Menschen zur Erreichung wirtschaftlicher Zwecke. Darüber wollen wir in einem Schlußartikel sprechen.

Die Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft im Jahre 1910.

Die Berufsgenossenschaft umfaßte im Jahre 1910 11 198 Betriebe mit 48 796 Vollarbeitern (à 300 Arbeitstage). Gegenüber dem Jahre 1909 hat sich die Zahl der versicherten Betriebe um 614 und die der Arbeiter um 1875 erhöht. An dieser Steigerung sind die Motor- resp. Fabrikbetriebe mit 480 Betrieben und 2087 Arbeitern beteiligt, während die Zahl der versicherungspflichtigen Bau- und Möbelschreinereien zwar eine Zunahme um 134 erfahren hat, doch ist die Arbeiterzahl dieser Betriebe um 162 zurückgegangen. Die anrechnungsfähigen Löhne der versicherten Arbeiter betragen 50 285 422 Mk., auf den Kopf des Arbeiters kommt also ein durchschnittlicher Jahresverdienst von 1029 Mk. Im Jahre 1909 hatte der durchschnittliche Jahresverdienst nur 1003 Mk. betragen.

Das durchschnittliche Jahreseinkommen weist in den einzelnen Sektionen nicht unerhebliche Unterschiede auf. In der Sektion I, die Württemberg und Hohenzollern umfaßt, sind 19 381 Vollarbeiter gezählt mit einem durchschnittlichen Jahreslohn von 1012 Mk. In der Sektion II, Baden, mit 14 095 Vollarbeitern, beträgt die durchschnittliche Jahreslohnsumme 1064 Mk. Die Sektion III, Hessen, umfaßt 9165 Vollarbeiter mit einem durchschnittlichen Jahreslohn von 1025 Mk., und die Sektion IV, Elsaß-Lothringen, 6145 Vollarbeiter mit einem durchschnittlichen Jahreslohn von 1008 Mk.

Die Gesamtzahl der angemeldeten Unfälle ist gegenüber dem Vorjahr von 2068 auf 2161 gestiegen, doch wurden nur 598 als entschädigungspflichtig anerkannt, gegen 668 im Jahre 1909. Von den entschädigungspflichtigen Unfällen entfallen allein 186 auf Sägemühlen. Dann folgen mechanische Schreinereien mit 84, Bauschreinereien mit Motorbetrieb mit 63, Möbelfabriken mit 55 entschädigungspflichtigen Unfällen usf. Bestimmte Schlüsse auf die Unfallgefahr in den einzelnen Betriebsarten lassen sich aus diesen Zahlen nicht ziehen, da nicht angegeben ist, wieviel Arbeiter auf die einzelnen Betriebsarten entfallen. Daß aber die Unfallgefahr in den Sägemühlen außerordentlich groß ist, geht auch daraus hervor, daß sie von der Genossenschaft in die höchste Gefahrenklasse einrangiert sind und demgemäß den höchsten Umlagebeitrag entrichten müssen. Während beispielsweise die Jalousiefabriken, Gefahrenklasse 1,00, in der Sektion I auf 1000 Mk. verausgabten Lohn 6,15 Mk. Umlagebeitrag zu entrichten haben, zahlen Sägemühlen, Gefahrenklasse 8,20, in der gleichen Sektion 50,10 Mk. auf je 1000 Mk. Lohnsumme.

Unter den 598 Verunglückten, denen eine Entschädigung zuerkannt wurde, waren 4 Arbeiterinnen und 31 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Die Folge des Unfalls war in 15 Fällen der Tod. 325 Verletzte wurden als dauernd teilweise und 258 als vorübergehend erwerbsunfähig anerkannt. Als dauernd völlig erwerbsunfähig wird schon seit Jahren kein Verunglückter mehr angesehen. Zuletzt war dieses „Glück" im Jahre 1907 einem Verunglückten beschieden. Diese Einschätzung ist wohl weniger dem Umstand zuzuschreiben, daß nicht mehr so schwere Unfälle vorkommen, als darauf, daß bei der Bemessung der Unfallfolgen ein strengerer Maßstab angelegt wird. Zu den Verletzten, denen eine Entschädigung zugebilligt wurde, kommen noch 11 Witwen und 26 Kinder der Getöteten.

An Unfallentschädigungen hat die Berufsgenossenschaft im Jahre 1910 insgesamt 690 961,92 Mk. ausgegeben, im Jahre 1909 betrug die Summe 896 616,89 Mk. Der Hauptteil der Ausgaben entfällt natürlich auf die Renten an Verletzte. An 3707 Verletzte wurde für diesen Zweck 550 921,31 Mark ausgegeben. Im Jahre 1909 wurde noch an 4334 Verletzte Rente gezahlt; es scheint also, daß man im letzten Jahre mit dem Entzug der Rente sehr energisch vorgegangen ist. Der durchschnittliche Betrag der Rente ist von 138,64 Mk. auf 148,61 Mk. gestiegen, was darauf schließen läßt, daß vornehmlich kleine Renten gestrichen wurden. Kapitalabfindungen wurden an 139 Inländer mit 56 611,80 Mark gewährt, im Durchschnitt also auf den Kopf 407,27 Mark. Zwei Ausländer wurden mit zusammen 1242 Mk. abgefunden.

Anerkennung verdient die Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft für ihre Leistungen auf dem Gebiete der Unfallverhütung. Der leitende Gesichtspunkt ist für diese Tätigkeit der Berufsgenossenschaft natürlich das Bestreben, die Ausgaben für die Unfallentschädigung herabzudrücken, der Effekt dieses Wirkens ist aber ein erhöhter Arbeiterschutz. Insofern berühren sich die Interessen der Berufsgenossenschaft mit denen der Arbeiter auf diesem Gebiet. Im Gegensatz zu anderen Berufsgenossenschaften, denen anscheinend der einseitige Unternehmerstandpunkt jeden Verkehr mit den Arbeiterorganisationen verbietet, nimmt die Leitung der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft die Mitwirkung des Deutschen Holzarbeiterverbandes auf den Gebieten, wo sich die beiderseitigen Interessen berühren, gern in Anspruch, und es darf wohl ausgesprochen werden, daß ein solches Zusammenarbeiten beiden Teilen zum Vorteil gereicht.

Die in einem Sonderheft erscheinenden Berichte der technischen Aufsichtsbeamten legen wieder Zeugnis ab von dem auf die Verminderung der Berufsgefahren gerichteten Streben der Genossenschaft. Besonders wertvoll ist in dieser Beziehung der Bericht des Beamten für die Sektion I. Ein großer Teil desselben beschäftigt sich mit der runden Messerwelle und den Bemühungen, diese wertvollen Schutzvorrichtungen in den Betrieben zur Einführung zu bringen. Schon seit Jahren gewährt die Berufsgenossenschaft auf die Ausstattung der Hobelmaschinen mit der runden Welle eine Prämie in Gestalt eines erheblichen Rabatts auf den Beitrag. Wo gütliches Zureden nichts fruchtete, hat die Berufsgenossenschaft auch schärfere Mittel angewendet, um den Zweck zu erreichen, mit dem Erfolg, daß zum Schluß des Jahres 1910 nur noch ganz wenige Hobelmaschinen mit Vierkantwellen vorhanden waren. Gegen renitente Unternehmer wurden nach vorheriger Verwarnung Geldstrafen verhängt, die dann die gewünschte Wirkung hatten. In einigen Fällen allerdings erst dann, als von der Behörde auf Grund des § 120d der Gewerbeordnung der Weiterbetrieb der Hobelmaschine bis zur Beschaffung der runden Sicherheitswelle untersagt worden war.

Zu Beginn des Jahres 1907 hat der Genossenschaftsvorstand beschlossen, bedürftigen Unternehmern die runde Welle auf Rechnung der Genossenschaft zu stellen unter dem Vorbehalt, die Kosten einzuziehen, wenn sich die finanzielle Lage des Genossenschaftsmitgliedes wieder gehoben hat. Im übrigen aber hat die Genossenschaft die Unternehmer, in deren Betrieben Unfälle an der Vierkantwelle vorkamen, für die zu gewährende Rente haftbar gemacht und daneben die Einleitung eines Strafverfahrens veranlaßt. Diese energischen Maßnahmen zur Unterstützung des generellen Verbots der Vierkantwellen werden bewirkt haben, daß dieselben nunmehr wohl im Bereich der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft endgültig als beseitigt gelten können. Es wäre dringend zu wünschen, daß der Kampf gegen die gefährliche Vierkantwelle von den anderen Berufsgenossenschaften mit der gleichen Energie geführt würde.

Auch gegen den gefährlichen Unfug, jugendliche Personen an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen zu beschäftigen, geht die Genossenschaft mit anerkennenswertem Eifer vor. Der Umstand, daß im Jahre 1909 die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle Jugendlicher auf 30 gestiegen war, gab dem Vorsitzenden der Genossenschaft Anlaß, auf der Genossenschaftsversammlung einen energischen Appell an die Mitglieder zu richten, jugendliche Personen von den Maschinen und sonstigen unfallgefährlichen Arbeitsstellen entfernt zu halten, da sonst zu befürchten steht, daß die Schutzbestimmungen für jugendliche Personen noch eine weitere unerwünschte Verschärfung erfahren. Wir würden eine solche Verschärfung im Gegenteil für recht erwünscht halten, zumal der Appell an die Einsicht der Unternehmer keinerlei Wirkung gehabt hat. Hat doch die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle Jugendlicher im Jahre 1910 keinen Rückgang erfahren; sie ist im Gegenteil auf 31 gestiegen. Aber nicht nur jugendliche Arbeiter, sondern sogar Schulkinder werden in Maschinenbetrieben zur Arbeit angehalten. Ein Glasermeister, der dabei betroffen wurde, daß er seinen achtjährigen Sohn damit beschäftigte, das aus der kombinierten Abrichtmaschine kommende Holz abzunehmen, wurde auf Grund des Kinderschutzgesetzes mit 5 Mk. Geldstrafe belegt. Eine Strafe, von der man nicht gerade sagen kann, daß sie abschreckend wirkt.

Von neuen bewährten Schutzvorrichtungen, die der Bericht in Wort und Bild vorführt, sei ein vom Glasermeister Ernst Bienz konstruierter Greifer erwähnt, der den Kreissäger vor gefährlichen Holzrückschlägen schützt. Ein verbesserter Druck- und Schutzapparat an der Fräse wird vom Schreinermeister Braun in Waiblingen hergestellt. Eine wertvolle Erfindung hat der Holzbildhauer Lämmle in Zussenhausen zum Patent angemeldet. Es handelt sich um eine Vorrichtung, welche das Lockerwerden und Herausfliegen von Fräsmessern aus der Schlitzspindel verhindert. Der Apparat wurde auf Veranlassung der Berufsgenossenschaft von einem zuverlässigen Maschinenarbeiter praktisch ausprobiert und ist als zweckmäßige Schutzvorrichtung befunden worden. Schließlich sei noch einer Vorrichtung gedacht, die der Aufsichtsbeamte der Sektion II erwähnt. Es handelt sich um eine von der schwedischen Fabrik J. u. C. Bolinder in Stockholm hergestellte Gliederwalze für Dicktenmaschinen. Diese Einzugswalze besteht aus 40 Millimeter breiten Gliedern, die je mit einer Federvorrichtung versehen sind, die es ihnen ermöglicht, zirka 4 Millimeter in der Druckrichtung nachzugeben. Dadurch wird ermöglicht, mehrere Arbeitsstücke von ungleicher Stärke gleichzeitig durchlaufen zu lassen, ohne daß zu befürchten ist, daß ein schwächeres Stück von den Messern zurückgeschlagen wird.

Es ist zu begrüßen, daß sich der Erfindungsgeist fortgesetzt auf die Verbesserung des Unfallschutzes richtet. Zu wünschen wäre nur, daß die neuen Schutzvorrichtungen, die sich als zweckmäßig erwiesen haben, auch Eingang in die Praxis finden. Nach dieser Richtung können die Maschinenarbeiter ebenfalls wirken, wenn auch, wie der Kampf um die Einführung der runden Messerwelle zeigt, viele Unternehmer bewährten Schutzvorrichtungen aus falscher Sparsamkeit ablehnend gegenüberstehen, selbst wenn es sich um eine verhältnismäßig geringfügige Ausgabe handelt. Anderseits muß aber auch den Maschinenarbeitern immer wieder ans Herz gelegt werden, dafür zu sorgen, daß die vorhandenen Schutzvorrichtungen stets im Gebrauch bleiben.

Die Spielwarenindustrie im sächsischen Erzgebirge.

ar. Unter diesem Titel veröffentlicht Dr. Gertrud Meyer eine Schrift, die das Verdienst hat, die erste zusammenfassende Darstellung jener immerhin bedeutenden Industrie nach ihrer Entstehung und ihrer sozialen Verhältnisse zu sein. Mit anerkennenswertem Fleiß hat die Verfasserin aus alten Chroniken usw. das zerstreute Material zusammengetragen, und soweit ihr in Statistiken Zahlenmaterial zur Verfügung stand, hat sie es zu einer anschaulichen Studie zu vereinigen gewußt. Nach ihr betrug der Export der deutschen Spielwarenindustrie im Jahre 1907 80,8 Mill. Mark, während auf die Einfuhr nur 0,8 Mill. entfallen. Etwa der sechste Teil unserer Spielwarenproduktion soll nur auf den Absatz im Inland kommen und daran haben wieder die Warenhäuser den größten Anteil.

Die sächsisch-erzgebirgische Spielwarenindustrie verdankt ihre Entstehung der zahlreich von dem Erzreichtum des Bodens angelockten Bergarbeiterschaft, die mit der allmählichen Verarmung der Bergwerke an Erzgehalt gezwungen war, sich nach neuen Erwerbsmitteln umzusehen und diese nur in dem vorhandenen reichen Holzbestand des Gebirgswaldes zu finden vermochte. Da aber die junge, sich langsam entwickelnde Holzindustrie von allem Anfang an auf den Handel angewiesen war, bildete sich mit ihr zugleich das Händlertum heraus, das die Erzeugnisse meist auf den Messen, so in erster Linie in Leipzig, verhandelte. Dieses Händlertum hat sich im Laufe der Jahrhunderte zur Beherrscherin der Industrie emporgeschwungen und steckt heute den Löwenanteil der Gewinne in die Tasche. 1910 waren auf der Leipziger Messe gegen 200 Spielwarengeschäfte vertreten.

Aber diese Industrie hat auch in den letzten Jahrzehnten wiederholt Rückschläge, und nicht zuletzt durch die deutsche Zollpolitik, zu erleiden gehabt, die natürlich am wirksamsten an den Löhnen der Arbeiter zu verspüren waren. Nach einer Statistik der Dresdener Handelskammer sank der Wochenlohn der in der sächsischen Spielwarenindustrie beschäftigten Familien von 1875 bis 1881 von 10,80 Mk. auf 12,80 Mk., von 9,60 Mk. auf 7,80 Mk., ja sogar von 15 Mk. auf 1,80 Mk., die Familie durchschnittlich zu drei bis vier Arbeitskräften gerechnet. Und die Verhältnisse der Spielwarenarbeiter sollen sich dann im Laufe der achtziger Jahre noch weiter verschlechtert haben, was beinahe gar nicht mehr menschenmöglich erscheint. Erst Anfang der neunziger Jahre soll nach der Dresdener Handelskammer eine Lohnsteigerung von 5—20 Proz. eingesetzt haben. Aber hier sehen wir auch sofort, daß die Unternehmer durch ihr solidarisches Vorgehen die Preise der Waren zu steigern gewußt haben; die Unternehmersolidarität hat seitdem ihre Fortschritte gemacht. In Export- und Gewerbevereinen, in lokalen Verbänden und Innungen haben sie sich organisiert, — nur die ausgepowerte Arbeiterschaft dort hat es bis auf die jüngste Zeit noch zu keiner nennenswerten Organisation gebracht.

Die Betriebsformen der Spielwarenindustrie wissenschaftlich einwandfrei festzustellen, hat seine Schwierigkeiten, und was die Verfasserin an Definitionen der bürgerlichen Nationalökonomen hierzu anführt, ihre eigenen Begriffsbestimmungen eingerechnet, sieht sich angesichts des allbekannten großen Elends der Heimindustrie und der Spielwarenarbeiter an wie eine alabentische Wortspielerei. Gerade hier läßt sich der Vorwurf gegen die Verfasserin nicht ersparen, daß sie in ihrer Schrift mit ihrer Terminologie wie alle bürgerlichen Oekonomen über den sozialen Irrtum der wirtschaftlichen Selbständigkeit und Freiheit der „Hausindustriellen" keine Klarheit zu bringen imstande ist, daß dieses geistreiche Gerede nur die kleinbürgerlich-reaktionäre Ideologie der Heimarbeitssklaven noch weiter zu zügeln und zu vertiefen geeignet ist. Dieser rein akademischen Auffassungsweise des Problems schreiben wir es auch zu, daß die Verfasserin es fertig bringt, von dem „erträglichen Auskommen" der Arbeiter zu reden, die „großen Vorzüge" der Akkordarbeit zu loben, daß es „in der Hand des Arbeiters liegt, durch größere Schnelligkeit und Geschick-

Die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

el. Es sind jetzt zwei Jahre verflossen, seitdem vom Vorstand unseres Verbandes die Verlagsanstalt als Gesellschaft mit beschränkter Haftung ins Leben gerufen wurde. Manchem Zahlstellenkassierer hat anfangs die Kassenteilung zwischen Verband und Verlagsanstalt nicht recht behagen wollen. War man es doch seit Gründung des Verbandes gewöhnt, alle Beträge, die man an die Hauptkasse abzuführen hatte, in der Vierteljahresbilanz unter Einnahme zu verrechnen. Hatte man zuweilen einen Posten vergessen, dann kam bald aus dem Bureau des Hauptvorstandes eine Bilanzrichtigstellung, in welcher alle die vergessenen Zahlen fein säuberlich mit roter Tinte eingetragen waren. Das war immerhin einigermaßen bequem.

Nun sollte dies anders werden. Die G. m. b. H. ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches zu sorgfältiger Buchführung verpflichtet und muß demzufolge alle ihr zustehenden Beträge für sich in Anspruch nehmen. Auf der anderen Seite will auch der Hauptkassierer des Verbandes seine Abrechnung nicht mehr mit Zahlen belasten, die nichts einbringen und nur die Endsummen vergrößern. So mußte notwendigerweise eine buchmäßige Trennung erfolgen.

Nach und nach haben sich auch unsere Zahlstellenkassierer daran gewöhnt und führen neben dem Kassenbuch des Verbandes noch ein kleines Büchlein mit dem Titel: „Konto der Verlagsanstalt". In diesem werden auf der linken Seite alle Eingänge, d. h. alle von der Verlagsanstalt empfangenen Bücher (Jahrbücher, Almanach, Protokolle und sonstige Bücher), Fachblätter, Etuis usw. sowie alle durch die Zahlstelle zu verrechnenden Inserate (stets nach dem Rechnungsbetrag) eingetragen; während auf der rechten Seite alle Zahlungen an die Verlagsanstalt, genau mit Datum versehen, eingeschrieben werden. Bei jeder monatlichen Geldsendung wird im Verlagsanstaltskonto nachgesehen, ob auch dort etwas zu zahlen fällig ist. Die ganze Geschäftsführung verursacht so keinerlei Mehrporto. Selbstverständlich muß die Postanweisung vor der Auflieferung nochmals dahin geprüft werden, ob auf der Rückseite des Abschnittes alle Angaben stimmen. Denn, wenn auch der Hauptkassierer mancherlei Rätsel zu lösen vermag, alles kann er doch nicht erraten.

Die Geschäfte der Verlagsanstalt erstrecken sich zunächst auf die Herausgabe der „Holzarbeiter-Zeitung" und des „Fachblatt für Holzarbeiter". Ferner kommt noch als wesentlicher Bestandteil die Buchhandlung in Betracht. Soweit es sich um den Vertrieb von fachtechnischer Literatur handelt, war eine solche schon früher vorhanden, doch stellte dieselbe mehr einen Notbehelf dar. Es fehlte zunächst die Möglichkeit des vorteilhaften Einkaufes der Bücher. Jedes Buch mußte direkt vom Verlag und durch die Post bezogen werden, wodurch natürlich beträchtliche Portoausgaben entstanden. Außerdem beschränkte sich der Handel auf die wenigen Bücher, die vorrätig gehalten werden konnten. Aber auch im Verkauf unserer eigenen Verlagsartikel, wie Almanach, Jahrbücher, Protokolle usw., war man beschränkt.

Mit der steigenden Bedeutung der Gewerkschaften wächst in der Oeffentlichkeit auch die Nachfrage nach unserer Literatur. Hier mußte eine Verbindung mit dem Publikum geschaffen werden. Und dies war nur möglich durch Anschluß an die Organisation des deutschen Buchhandels.

Als Hauptplätze desselben gelten Leipzig, Berlin und Stuttgart. In ersterem Ort befindet sich die Zentrale. Hier sitzen die Kommissionäre, die auf der einen Seite den Verlag, auf der anderen das sogenannte Sortiment vertreten. Jeder Buchhändler, der nicht nur mit Schreibfedern und Briefbogen handelt, und selbst wenn er im kleinsten Ort domiziliert, hat in Leipzig seinen Kommissionär. An diesen schickt er seine Bestellzettel, wie dann auch die Lieferung der Bücher von hier aus erfolgt. Nach den Großstädten geschieht der Versand größtenteils durch besondere Bücherwagen unter billigen Frachtsätzen. In den obengenannten drei Orten befindet sich außerdem noch eine Bestellanstalt, die den geschäftlichen Verkehr der Mitglieder untereinander und mit der Zentrale in Leipzig regelt. Die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung leuchtet sofort ein, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Deutschland allein jährlich etwa 30 000 verschiedene Bücher neu erscheinen.

Durch Verbindung mit dieser Organisation ist es möglich, jedes gewünschte Buch innerhalb einiger Tage zum Originalpreis zu beschaffen. Es genügt bei der Bestellung meistens die genaue Angabe des Titels sowie des Autors (Verfassers). Wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten es mitunter verbunden ist, namentlich in den kleineren Orten, geeignete Bücher für die Zahlstellen- oder auch eigene Bibliothek zu beschaffen, so wird man wohl allseitig diese Neueinrichtung des Deutschen Holzarbeiterverbandes nur mit Freuden begrüßen können.

Gerade in der gegenwärtigen Jahreszeit, in welcher das Lesebedürfnis wieder stärker hervortritt und infolgedessen die Bücherbestände der Zahlstellenbibliotheken vielfach ergänzt werden, dürfte ein Hinweis auf obengenannte Einrichtung besonders am Platze sein. Die Geschäftsleitung der Verlagsanstalt ist gern bereit, den Zahlstellen mit geeigneten Vorschlägen an die Hand zu gehen. In solchen Fällen empfiehlt es sich, ein Verzeichnis der schon vorhandenen Bücher mit einzusenden. Außerdem ist anzugeben, welcher Betrag für diesen Zweck ausgeworfen werden soll. Besonders vorsichtig sollte man zu Werke gehen, wenn es sich um die Anschaffung von Klassiker-Ausgaben oder sogenannter Unterhaltungsliteratur handelt. Oft steht hier die Qualität in keinem Verhältnis zu dem dafür aufgewendeten Preise. Mehr als ein Dutzend größerer Verlagsinstitute produziert sogenannte Klassiker-Ausgaben. Alle sind sie verschieden. Auch in der Größe erscheinen sie vom Westentaschen- bis zum Lexikonformat. Und doch sollte man gerade bei Anschaffung für die Bibliothek besondere Anforderungen hinsichtlich Format, Druck, sowie Qualität des Papiers und des Einbandes stellen. Wenn es beim Lesen einer kleinen Broschüre weniger auf den Druck usw. ankommt, so ist dies bei einem dicken Buch ganz anders.

Aehnlich verhält es sich mit der Beschaffung von geeigneter Jugendliteratur. Wenn auch dabei keineswegs beabsichtigt sein soll, nach Art der Zentrumspfarrer den Mitgliedern nur eine bestimmte geistige Kost zu verabreichen, so muß doch vor literarischen Erzeugnissen gewarnt werden, die an und für sich minderwertig sind. Das arbeitende Volk bedarf in seinem Emanzipationskampfe der besten Geistesnahrung. Diese den Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu möglichst günstigen Bedingungen zu verschaffen, soll auch eine Aufgabe unserer Verlagsanstalt sein. An den Kollegen liegt es, dieses Unternehmen durch Zuwendung ihrer Aufträge zu unterstützen.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Annen in Westfalen (Reichwald), Aue im Erzgebirge, Bamberg (Grenz), Berlin-Nieder-Schönhausen (Freese), Hamburg, Hanau (Holzinger), Herford (Stüker) Köslin (Hofmöbelfabrik Hoffendahl), Leipzig (Orgelbestandteilfabrik G. Gehlhar u. Co.), Liegnitz (Geisler), Velten i. Mark, Paris.

Kammachern nach Berlin (Bloch).

Parkettlegern nach Berlin, Dresden (Heine), Hamburg-Altona, Leipzig (Firma W. Schulze, Inhaber O. Elbinger).

Vergoldern nach Berlin (Gold- und Politurleistenfabrik Tschierley in Rixdorf).

Korbmachern nach Bernsheim a. Mh., Schiffdorf (Müller), Sellstedt (Allermann), Montreux.

Stuhlbauern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Aue im Erzgebirge, Rabenau, Groß- und Kleinölsa.

Stellmachern nach Berlin (Menz u. Sohn, Schlesische Straße 28), Bochum (Lueg).

Klaviermachern nach Breslau (Traugott Berndt).

Stockarbeitern nach Eschwege (Lindenbaum u. Bürmann).

Pantinenmachern nach Treuenbrietzen.

lichkeit mehr zu verdienen", obwohl sie sogleich auch davon spricht, daß „die Verleger die größere Macht" seien und es dem „Hausindustriellen" — lies Heimarbeiter — nur selten gelingt, seine Ansprüche durchzusetzen. Ist es schließlich ein Wunder, wenn sich ein Heimarbeiter mit einem Jahreseinkommen der ganzen Familie von 700 Mk. schon mehr zum Mittelstande gehörig betrachtet?

„Für die Ernährung spielt die Kartoffel eine große Rolle, ebenso Quark und dünner Kaffee." Das ist ein im ganzen „erträgliches Auskommen" nach den Begriffen der Verfasserin, denn „Hungerlöhne werden in der erzgebirgischen Spielwarengegend nie gegeben". Dabei gibt sie das Lohneinkommen eines „fleißigen" Heimarbeiters mit Familie in Heidelberg bei Seiffen selbst auf 12—16 Mk. pro Woche an, und noch vor zehn Jahren wurde Kindern „zwei Pfennig Lohn" pro Stunde gegeben. „Heimarbeiterinnen kommen nicht höher als 6—9 Mk. pro Woche."

Wo es die technische Entwickelung ermöglicht, wandert die Produktion der Spielwaren in die Fabrik, und hier ist eine unverkennbare Tendenz zur Steigerung der Arbeitslöhne vorhanden, die man wohl ruhig der rastlosen gewerkschaftlichen Arbeit zuschreiben darf. Aber hier passiert es der Verfasserin, daß sie zum Beispiel den Durchschnittslohn der in den Spielwarenfabriken Olbernhaus beschäftigten Arbeiter mit 12 Mk. pro Woche zu niedrig angibt. Der Durchschnittslohn dieser Arbeiter, jugendliche und weibliche eingeschlossen, betrug 1910 schon 14,50 Mk. pro Woche; seitdem sind die Löhne gestiegen und die Arbeitszeiten verkürzt worden. Freilich hat die Verfasserin wieder ihre Bedenken gegen die Fabrikarbeit: „die Häuslichkeit wird zerstört", „in den Fabrikgegenden reißt eine gewisse Roheit in den Sitten der Bewohner ein", als ob die Heimarbeit die Häuslichkeit und feinere Sitten förderte!

Und zum Schluß schlägt die platonische Liebe des Fräulein Doktor für die Heimarbeiter — sie hat ihr Buch geschrieben, damit „jene Gegend, die Heimat der Spielsachen, ein wenig bekannt werde" — um in die tiefsten Unternehmersorgen, denn sie hält all das Gerede und die Einwände der Großindustriellen gegen die Bestimmungen im geplanten Heimarbeiterschutzgesetz für bare Münze, und alle Bedenken gegen Lohnämter, öffentliche Lohntabellen, Kontrolle der Heimarbeit usw. führt sie vom Unternehmerstandpunkt aus und mit Unternehmergründen.

Ihre eigenen Vorschläge zur Abhilfe des Heimarbeiterelends beschränken sich auf die Gründung von Genossenschaften, wozu die Gemeindesparkassen die Mittel entleihen sollen. Man bedenke: diese blutarmen, ausgebeuteten Heimarbeiter gegen ein kapitalkräftiges Händler- und Verlegertum, das die ganze Industrie beherrscht, als Genossenschaften, damit „der oft sehr beträchtliche Verlegerprofit" in die Taschen der Heimarbeiter fließt; das bringt natürlich ein Fräulein Doktor so mir nichts dir nichts fertig. Von einer modernen einflußreichen Arbeiterorganisation scheint die Verfasserin nichts zu wissen, aber dafür erfleht sie die Mithilfe und die Aufklärung der Pastoren, Lehrer und Behörden.

Immerhin ist die Schrift unseren Zahlstellenbibliotheken des Erzgebirges zu empfehlen, denn bei einiger Vorsicht lassen sich aus ihr recht brauchbare Winke und Argumente für die dort oben so schwierige Agitationsarbeit entnehmen.

Bei den Modelltischlern in England.

Vor einigen Monaten ist ein Kollege, nachdem er vorher beim Verbandsvorstand Erkundigungen eingeholt hatte, mit einem Freunde nach England gereist, um dort in Arbeit zu treten. Ueber die seither gesammelten Erfahrungen hat er nun einen ausführlichen Bericht eingesandt. In der Annahme, daß diese Mitteilungen auch in weiteren Kreisen Interesse erregen dürften, geben wir nachstehend den Brief mit einigen unwesentlichen Kürzungen wieder:

„Wir schrieben damals (wir sind zu zweit herübergefahren) zuvor an den Generalsekretär (Mr. Moses) der „United Patternmakers Association" und bekamen von dort prompt und bereitwilligst jede gewünschte Auskunft und zu gleicher Zeit die Adressen von einigen Londoner „Branchensekretären" (Zahlstellenverwalter), an die wir uns bei unserer Ankunft wenden sollten. Anfangs Mai kamen wir in London an. Wir merkten erst hier, wie mangelhaft unsere Sprachkenntnisse waren, trotz aller Vorbereitungen.

Von einem solchen Zahlstellenverwalter wurden wir nun zunächst mit einem Brief versehen und nach einer der städtischen Arbeitsbörsen (Labour Exchange) gesandt. Der Brief war eine Empfehlung an den Leiter dieser Arbeitsbörse, der zufällig ein früherer Kollege war. Ueber unser Verbandsbuch wurde schließlich die Schulter gezuckt, aber die Briefe von Moßes, die waren für uns von unschätzbarem Wert.

Doch zurück zur Labour Exchange. Diese Einrichtung ist in der letzten Krise geschaffen worden zur Beruhigung der Arbeiter, vielleicht noch mehr, um den liberalen Wahlhelfern Futterkrippen zu schaffen. Sie sind über ganz England verbreitet, miteinander verbunden, aber das Vertrauen der Arbeiter ist nicht sehr groß zu ihnen. Mit unseren Briefen bewaffnet, wurden wir also vom Leiter voller Freundlichkeit empfangen, und dieser Mann, Mr. Newell, hat sich mit uns alle Mühe gegeben, wie ich überhaupt jetzt schon sagen kann, daß die Funktionäre der Organisation und auch ihre Verbindungen stets zuvorkommende und hilfreiche geworden sind. Also es war Arbeit da, aber es war welche im Schiffsbau, und da man alle Ausländer bekanntlich für Spione hält, so war es nichts für uns. Am zweiten Tage stellten wir uns wieder vor und waren nicht wenig erstaunt, als uns von Mr. Newell gesagt wurde, wir müßten Umschauen gehen. Also hier hatte schon die Labour Exchange ein Loch. Unterdessen waren wir dann auch bei einem Zahlstellenverwalter gewesen und der hatte uns mit einem Adressenverzeichnis der Werkstätten versehen und uns bedeutet, daß wir uns selbst Arbeit suchen müßten. Die Labour Exchange sind nur Notbehelfe und genießen, wie schon gesagt, bei den Arbeitern und auch bei den Unternehmern nicht viel Vertrauen.

Diese Arbeitssuche zu schildern mit ihren Ermüdungen und Enttäuschungen in diesem gewaltigen London mit seinen ungeheuren Entfernungen, das wäre ein Kapitel für sich. Kurz und gut, nach etwa drei Wochen bekam ich bei einem Kranker Arbeit und mein Freund durch die Labour Exchange in Rochester. Ich wurde dann wieder arbeitslos, konnte in London nichts finden und ging nach Manchester, wo ich jetzt in einer großen Bude (140 bis 160 Kollegen) arbeite. Mein Freund kam dann auch nach hier und arbeitet jetzt an seinem dritten Platz. Trotz der guten Konjunktur sind immer eine ansehnliche Zahl Kollegen außer Arbeit und das lastet natürlich auf dem Ausländer noch härter.

Was die Arbeitsweise anbetrifft (wir haben in größeren und kleineren Werkstätten gearbeitet), so ist sie nicht gerade intensiver, als „im Vaterland"; wenn es auch Unterhaltungen oder Singen und Pfeifen nicht gibt. Auch wird eine peinliche Pünktlichkeit beobachtet. Wir fanden nun trotzdem eine etwas größere Arbeitsleistung, und das kommt daher, weil das Werkzeug bedeutend besser ist, als wie wir es gewöhnt sind. Dieser Umstand hat nun wieder seinen Grund darin, daß unser englischer Kollege verpflichtet ist, eigenes Werkzeug zu halten. Der Wert eines Werkzeugsatzes ist durchschnittlich 140 bis 200 Mk., es ist aber keine Seltenheit, Werkzeugsätze im Werte von 400 bis 500 Mk. zu sehen. Das wird den deutschen Kollegen als hoch vorkommen, sie mögen aber bedenken, daß zu einem Werkzeugsatz auch Kehlhobel und eventuell sogar Schraubzwingen gehören. Oder daß zum Beispiel der englische Kollege für seine Meßinstrumente (natürlich in guter Qualität) 7,50 Mk. ausgibt, während ich mich in Deutschland doch höchstens zu einem für 40 Pf. aufschwang. Interessant wird es auch sein zu erfahren, daß Feilen und Raspeln in der englischen Modellschreinerei unbekannte Dinge sind, deren Arbeit wird mit Hohl- und Stecheisen versehen. In den Maschineneinrichtungen fanden wir keinen Unterschied. Kleiderschränke und Wascheinrichtungen haben wir noch nicht gefunden. Zu den Werkzeugen mag noch gesagt sein, daß diese zirka 1½ Zentner schwere Werkzeugkiste einem schwer an seiner Freizügigkeit hindert.

Als Organisation für die Modellschreiner kommt die „Amalgamated Engenering Society" und die „United Patternmakers Association" in Betracht. Erstere Organisation ist ein Verband der gelernten Metallarbeiter mit etwa 1000 von unseren Berufskollegen, und letztere zählt reichlich 7000 Mitglieder. Wir haben uns letzterer angeschlossen. Doch das ist wohl leichter gesagt als getan. Wir haben dazu nicht wenig Zeit, viel Mühe und eine Menge Wege gebraucht. Man wird dabei nämlich auf Herz und Nieren geprüft. Zunächst soll man eine richtige Lehrzeit durchgemacht haben, die hier übrigens 5 bis 6 Jahre beträgt, allerdings bei Vergütung, die in den letzten Jahren schon nahe an einen Gesellenlohn herankommt, oder man muß mindestens fünf Jahre in dem Gewerbe tätig sein. Dann gehört ein ärztliches Zeugnis dazu. Das Eintrittsgeld ist unterschiedlich je nach dem Alter des „Kandidaten", wie das Statut so schön besagt, und beträgt von 5,50 bis 40 Mk. Die Sätze erhöhen sich bei einem zweiten Eintritt noch um je 5 Mk. Hauptsache ist dann noch, daß man von zwei Mitgliedern empfohlen werden muß, die für Charakter und Leistungsfähigkeit im Beruf bürgen müssen, doch dürfen über 40 Jahre alte Kandidaten nicht vorgeschlagen werden. Hat man alles zusammen, dann muß noch eine Zahlstellenversammlung über die Aufnahme beschließen. Wir sind unter außergewöhnlichen Umständen aufgenommen worden. Man hat nämlich einen Paragraphen, der scheinbar zuerst nur für Inländer bestimmt war, unter dem man uns jedoch aufnahm und den ich Ihnen hierher setze:

„Mitglieder, die von anderen Verbänden übertreten, dort vollberechtigt waren und ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, sollen durch Zahlung des niedrigsten Eintrittsgeldes (5,50 Mk.) und einen um 25 Pf. erhöhten Beitrag und allen Extrabeiträgen, sofort zu allen Bezügen berechtigt sein. Der erhöhte Beitrag soll 12 Monate bezahlt werden, und solche Mitglieder sollen jeden Beweis, den die Organisation fordert, beibringen zum Beweis der Berechtigung ihrer Ansprüche."

Wir haben also die Vergünstigung, gleich unterstützungsberechtigt zu sein und nur 5,50 Mk. Eintrittsgeld bezahlt zu haben. Allen anderen Anforderungen haben wir aber genügen müssen. Der Beitrag beträgt regulär 1 Mk. und ist nur Zentralkassenbeitrag; Lokalkassen sind nicht vorhanden. Alle Ausgaben werden von der Zentralkasse geleistet. Sinkt das Vermögen unter 50 Mk. pro Mitglied, so werden Extrabeiträge erhoben. Diese Sicherheit muß da sein, wenn man bedenkt, daß die Unterstützungen bedeutend höhere sind als im Deutschen Holzarbeiterverband.

Zunächst fällt einem die Sterbeunterstützung mit 300 Mk. pro Mitglied auf, dann die lange Dauer der Krankenunterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung hat nach zehnjähriger Mitgliedschaft, wenn auch bei herabgesetzten Sätzen, eine unbegrenzte Dauer. Außerdem wird auch nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft bei Invalidität bis zum Lebensende eine Unterstützung gezahlt. Außerdem gibt es eine Art Reiseunterstützung, Rechtsschutz und Werkzeugversicherung. Man lernt bei dem Durchlesen der betreffenden Seiten im Statut verstehen, weshalb man sich so ungewisse Elemente vom Halse hält, wenn man diese Tatsache auch selbst nicht billigt. Natürlich gibt es auch Streikunterstützung. Doch wird ein Teil derselben von der Federation bezahlt.

Die Geschäfte der Zahlstellen werden in vierzehntägigen Versammlungen erledigt. Es empfängt einem beim Umgang mit der Organisation und den Kollegen so gewissermaßen ein etwas zünftlerischer Geist. Auch der Berufsstolz mag hierbei eine gewisse Rolle spielen. Eins fiel mir noch auf, was ich nicht unerwähnt lassen möchte: das sind eine Menge Geldstrafen für Mitglieder und Funktionäre bei Vernachlässigung ihrer Pflichten. Geradezu lachhaft wird es aber dann, wenn man zum Beispiel mit 2,50 Mk. gestraft wird, wenn man in der Versammlung flucht.

(Schluß folgt).

Soziales.

Aus dem Reichstage.

Als der Reichstag in die Sommerferien ging, war vereinbart worden, daß er am 10. Oktober zu seiner letzten Sitzungsperiode zusammentreten sollte. Der Präsident ist aber einer Anregung der Regierung gefolgt und hat die erste Sitzung erst auf den 17. Oktober anberaumt. Bei dieser Verschiebung war der Wunsch des Reichskanzlers maßgebend, den Marokkohandel vor dem Zusammentritt des Reichstages zu erledigen und diesen vor die vollendete Tatsache zu stellen. Es ist aber anders gekommen, insofern nämlich, als der Schacher zwischen den Diplomaten auch am 17. Oktober noch nicht beendet war und auch jetzt noch nicht völlig beendet ist. Nichtsdestoweniger steht aber jetzt schon fest, daß der Reichstag von jeder Mitwirkung an dieser, die Interessen des deutschen Volkes aufs höchste berührenden Angelegenheit ausgeschaltet wird. Ihm wird nur gestattet werden, zu den vollendeten Tatsachen Ja und Amen zu sagen. So will es der schwarzblaue Block! An der Marokkofrage ist das erfreulichste, daß die Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich, die eine Zeitlang in bedrohliche Nähe gerückt schien, nunmehr als beseitigt gelten darf. Wenn nun auch die deutsche Volksvertretung auf den Inhalt des Abkommens zwischen Deutschland und Frankreich keinen Einfluß ausüben kann, so wird sich doch immerhin Gelegenheit bieten, das Verhalten der Regierung in dieser Frage und den Leichtsinn, mit welchem sie eines Phantoms wegen ernste Kriegsgefahr heraufbeschworen hat, einer entsprechenden Kritik zu unterziehen. Allerdings erst zu einem Zeitpunkte, wenn an dem Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich nichts mehr zu ändern ist.

In der ersten Sitzung nach der Vertagung am 17. Oktober standen eine Reihe von Petitionen auf der Tagesordnung. Die meisten derselben, darunter auch eine solche unseres Verbandes bezüglich der Zelluloidarbeiter, worüber wir noch an anderer Stelle in dieser Nummer berichten, wurden ohne Debatte nach den Anträgen der Petitionskommission erledigt. Eine kurze Debatte gab es bei der Petition der vereinigten Innungsverbände um stärkeren Schutz der Streikbrecher, die dem Reichskanzler als Material überwiesen wurde. Zur Erwägung überwiesen wurde eine Petition der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, welche die amtliche Kontrolle der einseitigen Zwangsarbeitsnachweise und die Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise verlangt. Bei dieser Petition und der nachher behandelten, die vom Deutschen Metallarbeiterverband ausgeht und den Schutz der Hüttenarbeiter zum Gegenstand hat, nahm insbesondere der

Genosse Hue die Gelegenheit wahr, die Lage der Berg- und Hüttenarbeiter zu beleuchten.

Die folgenden Sitzungen waren fast vollständig von Interpellationsdebatten ausgefüllt. Dazwischen hinein wurde die erste Lesung des Versicherungsgesetzes für die **Privatangestellten** erledigt. Regierung und Mehrheitsparteien hatten von der Einbeziehung der Privatangestellten in die Reichsversicherungsordnung nichts wissen wollen. Durch das neue Gesetz soll nun eine Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für den sogenannten neuen Mittelstand geschaffen werden. Da es sich hier um eine ziemlich zahlreiche Schicht handelt, deren Angehörige bei den Wahlen einigen Einfluß ausüben können, wetteiferten die Parteien darin, den Privatangestellten ihre Sympathien zu bekunden. Der Termin der Neuwahlen steht vor der Tür, und da gilt es, die Wähler günstig zu stimmen. Deshalb soll auch die Versicherung der Privatangestellten noch unbedingt in der kurzen, dem gegenwärtigen Reichstag noch zur Verfügung stehenden Zeit unter Dach gebracht werden. Der Entwurf ist der Kommission überwiesen, welche die Reichsversicherungsordnung beraten hat und sie arbeitet mit Hochdruck, um ihr Werk rechtzeitig zu vollenden.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines **Kolonial- und Konsulargerichtshofes** holte sich die Regierung eine schwere Niederlage. Es handelt sich hier um die Schaffung eines obersten Gerichtshofes für die Rechtsprechung in den Kolonien. Dieser Gerichtshof sollte nach dem Willen der Regierung nicht nur aus unabhängigen Richtern bestehen, in ihm sollten auch von der Regierung abhängige Verwaltungsbeamte richterliche Funktionen ausüben. Für diese Verschlechterung der Rechtspflege legten sich der Kolonialsekretär v. Lindequist und der Staatssekretär des Aeußeren v. Kiderlen-Wächter mit großem Eifer ins Zeug. Ja, sie erklärten sogar, daß das Gesetz für die Regierung unannehmbar werde, wenn dem Gerichtshof nicht auch Verwaltungsbeamte angehören. Trotz dieser feierlichen Erklärung beschloß der Reichstag, daß der Gerichtshof nur aus Richtern bestehen darf. Dagegen wurde der Streit um den Sitz des Gerichts im Sinne der Regierung dahin entschieden, daß dasselbe nach Berlin und nicht nach Hamburg kommt.

Sein Gepräge erhielt der letzte Sessionsabschnitt durch die ausführliche Besprechung von Interpellationen. Den Anfang machte die Interpellation der Sozialdemokraten über die **Handhabung des Reichsvereinsgesetzes**, welche am 18. und 19. Oktober besprochen wurde. Das Reichsvereinsgesetz ist bekanntlich die einzige Frucht der konservativ-liberalen Paarung, und es zeigt deutlich die Spuren des unmoralischen Verhältnisses, aus welchem es hervorgegangen ist. Eine Reihe von Bestimmungen sind absichtlich unklar gehalten und sie werden natürlich im reaktionärsten Sinne ausgelegt. Aber darüber hinaus machen sich die Polizeibehörden durchaus keine Skrupel, im striktesten Widerspruch zu Gesetz und Recht Vereine und Versammlungen zu schikanieren. Zur Begründung der Interpellation konnte Genosse Albrecht eine Fülle von Material vorbringen, welches von Rednern anderer Parteien noch ergänzt wurde, doch ist eine erschöpfende Darstellung der polizeilichen Gesetzesverletzungen und Mißbräuche ihrer Menge wegen ganz unmöglich.

Als das Reichsvereinsgesetz geschaffen wurde, hat der damalige Staatssekretär und heutige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gewissermaßen seine Ehre für dessen liberale Anwendung verpfändet. Heute läßt die Regierung Bethmann Hollwegs die Polizei ruhig gewähren. Deren Schikanen richten sich ja auch nur gegen die Opposition und sie sind demgemäß ein der Regierung wohlgefälliges Werk. Der Staatssekretär Delbrück ließ in seiner Rede zur Verteidigung der polizeilichen Gesetzesverletzungen deutlich erkennen, daß die Regierung nicht beabsichtigt, dem Skandal entgegenzutreten. Er berief sich darauf, daß die Handhabung des Vereinsgesetzes Sache der Landesregierungen sei und Klagen darüber eigentlich in die Einzellandtage gehören. Seine Argumentation wurde ihm als falsch nachgewiesen, aber was er bezweckte, ist klar. Die zahlreichsten und schlimmsten Gesetzesverletzungen passieren in Preußen und dort haben die Konservativen die Mehrheit, die, wie auch ihr Redner im Reichstag zum Ausdruck brachte, mit dem Mißbrauch der polizeilichen Befugnisse durchaus einverstanden sind, geschieht er doch hauptsächlich in ihrem Interesse. Welchen Wert der Hinweis der Regierungsvertreter auf die Gerichte hat, weiß jeder Sachkenner. Wenn die Polizei in gesetzwidriger Weise eine Versammlung unmöglich gemacht hat, dann gewährt es einen geringen Trost, wenn nach Jahr und Tag die Gerichte entscheiden, daß das Verbot ungesetzlich war. Der Zweck der Versammlung ist vereitelt und da den Polizeiorganen für ihre Gesetzesverletzung nichts passiert, fahren sie trotz der Urteile in ihrem Treiben munter fort. Die Haltung der Regierung bei der Interpellation läßt erwarten, daß die Polizei bei der beginnenden Reichstagswahlagitation wieder Orgien der Ungesetzlichkeit feiern wird.

An die Debatte über die Handhabung des Vereinsgesetzes schloß sich die **Teuerungsdebatte**, welche vier Sitzungen in Anspruch nahm. Merkwürdigerweise hatte außer den Sozialdemokraten auch das Zentrum eine Interpellation eingebracht. Aber während erstere den Kanzler fragten, was er zu tun gedenkt, um der notorischen Teuerung entgegenzuwirken, wollte das Zentrum vom Reichskanzler wissen, inwieweit eine außerordentliche Preissteigerung eingetreten sei. Die gegenwärtige Lebensmittelnot ist so empfindlich und es ist über ihre Ursachen und die Mittel zu ihrer Abhilfe schon so viel gesagt und geschrieben worden, daß es kaum möglich ist, zu der Frage neues Material beizubringen. Bemerkenswert war bei der Notstandsdebatte hauptsächlich das Eingreifen des Reichskanzlers, der die Gelegenheit wahrnahm, eine Wahlrede für den schwarzblauen Block zu halten. Von irgendwelchen durchgreifenden Mitteln, der Not zu steuern, will die Regierung nichts wissen. Bethmann Hollweg bemühte sich, die Aufmerksamkeit von dem akuten Notstand abzulenken und aus der Debatte eine solche um die Wirtschaftspolitik des Reiches zu machen. An der „bewährten Wirtschaftspolitik“, die den Agrariern die Taschen füllt und das Volk zum Hungern verurteilt, will er unverbrüchlich festhalten. Diese Politik nennt er „Schutz der nationalen Arbeit“ und das ist die Parole, mit welcher er den Block der Volksfeinde in den Wahlkampf führen will. Großes Vertrauen zu dieser Wahlparole hat freilich Bethmann Hollweg selbst nicht. Er hat deshalb auch schon einen geheimen Erlaß an die Landräte herausgeben lassen, in welchem sie zu ungenierter Wahlbeeinflussung aufgefordert werden. Die Sünden der Schwarzblauen sind aber so groß, daß ihnen auch die landrätliche Hilfe bei den Wahlen nicht viel helfen wird.

Nach der Ansicht der Regierung und ihrer Getreuen trägt an der Teuerung hauptsächlich der Zwischenhandel schuld. Die lauten Klagen über die Not, die in der Presse und in den Versammlungen erhoben werden, hätten die Zwischenhändler zur Erhöhung der Preise ermutigt. Als Mittel, der Not zu steuern, wird deshalb der Bezug von Nahrungsmitteln im Großen durch die Gemeindeverwaltungen empfohlen. Aber von einer auch nur zeitweiligen Suspendierung der Zölle, von der Erleichterung der Vieh- und Fleischeinfuhr, von einer Einschränkung des gemeinschädlichen Unfugs, der mit den Einfuhrscheinen getrieben wird, von all diesen Maßnahmen, die wirksame Hilfe bringen können, wollen weder die Regierung noch die Agrarier, unter deren Einfluß sie steht, etwas wissen.

In engem Zusammenhang mit der Teuerungsdebatte steht die Frage der Bekämpfung der **Maul- und Klauenseuche**, die am 27. Oktober auf Grund von Interpellationen, die vom Zentrum und den Freisinnigen eingebracht waren, besprochen wurde. Es handelt sich hierbei um die Sperremaßregeln, die zur Bekämpfung der Seuche angewendet werden. Unter diesen Maßnahmen haben die Viehhalter oft schwer zu leiden. Die Maul- und Klauenseuche wird aber auch vielfach als Vorwand benutzt, um die Einfuhr von gesundem Vieh aus dem Ausland zu verhindern, anderseits gibt sie ein billiges Mittel zur Verhinderung der Versammlungsfreiheit. Sehr zutreffend wurde vom Genossen Feil darauf hingewiesen, daß nur sozialdemokratische Versammlungen der Seuchengefahr wegen verboten würden, während den Versammlungen der Agrarier, bei denen doch die Gefahr der Seuchenverschleppung viel größer ist, deshalb keine Schwierigkeiten gemacht werden. —

Am 27. Oktober vertagte sich der Reichstag bis zum 7. November, um der Kommission zur Beratung des Versicherungsgesetzes für die Privatbeamten Zeit für ihre Arbeiten zu geben. Am 8. November soll die Marokkointerpellation behandelt werden.

Die Reichstagswahlen finden am 12. Januar statt. Die Wahlen sind zwar noch nicht offiziell ausgeschrieben, aber der Wahltermin ist nun definitiv festgelegt. Der alte Reichstag, der schon lange keine Existenzberechtigung mehr hat, da er, wie die Nachwahlen immer von neuem wieder ergeben, nur ein Zerrbild des Volkswillens ist, soll solange als möglich zusammengehalten werden. Ja, er soll in der kurzen Galgenfrist, die ihm noch zur Verfügung steht, eine Reihe wichtiger Gesetze verabschieden, damit die Mehrheit nicht mit gar zu leeren Händen vor die Wähler zu treten braucht. Außer dem Privatbeamten-Versicherungsgesetz, an welchem jetzt mit Hochdruck gearbeitet wird, soll unter anderem auch das Arbeitskammergesetz und das Heimarbeitsgesetz unter Dach gebracht werden. Es verlautet, daß die Regierung beim **Arbeitskammergesetz** ihren Widerstand gegen die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre aufgegeben hat. Beim **Heimarbeitsgesetz** ist der Angelpunkt die Errichtung von Lohnämtern, die in der Kommission mit Stimmengleichheit abgelehnt wurden. Auch über diese Frage soll eine Verständigung erzielt sein. Ferner ist in Aussicht genommen das Schiffahrtsabgabengesetz und die Strafgesetznovelle, welche bekanntlich einen Paragraphen zur Knebelung der Presse enthält, zu verabschieden. Ende November oder spätestens Anfang Dezember soll dann der Reichstag aufgelöst werden. Eine Formalität, die notwendig ist, da zum Zeitpunkt der Ausschreibung der Neuwahlen das Mandat des alten Reichstages noch nicht erloschen ist.

Das deutsche Volk wird mit einem Gefühl der Erlösung die Pforten hinter dem alten Reichstag sich schließen sehen. Das Maß seiner Sünden ist so groß, daß wir mit Sehnsucht dem 12. Januar, als dem Tage des Gerichts, entgegensehen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen **Lokalbeitrages** erteilt, wonach der Gesamtbeitrag ab 1. November beträgt in **Joachimsthal** 80 Pf., **Worms** 100 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 45. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

Für die **Branchenkonferenz der Stellmacher**, die am 26. November in **Berlin** stattfinden soll, hat der Vorstand 2 Tage der Beratung in Aussicht genommen und werden die Delegierten gebeten, bei Erwirkung von Urlaub darauf Rücksicht zu nehmen. Für die aufgestellte Tagesordnung sind die folgenden **Referenten** vorgesehen:

1. Die Lage der Stellmacher Deutschlands und die Entwickelung unseres Berufes seit 1905. Referent: Kollege **Siebert**-Berlin.
2. Die besonderen Verhältnisse in der Automobilindustrie. Referent: Kollege **Bringmann**-Berlin.
3. Die besonderen Verhältnisse in der Waggonindustrie. Referent Kollege **Rosenbaum**-Gotha.
4. Arbeitsnachweisfrage. Referent: Kollege **Lanz**-Hamburg.
5. Sonstige Branchenangelegenheiten. Referent: Kollege **Winkler**-Leipzig.

Die in der festgesetzten Frist bis 30. Oktober bei uns eingereichten **Anträge zur Konferenz** veröffentlichen wir in heutiger Nummer, damit die Sektionen zu ihnen Stellung nehmen können.

Die Namen und Adressen der gewählten **Delegierten** sind, soweit dies nicht schon geschehen, baldigst **an uns zu melden.**

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind **als verloren** gemeldet und werden hiermit für **ungültig** erklärt:

39101 Herm. Meißner, Tschl., geb. 2. 9. 53 zu Görlitz.
100121 Jul. Seroka, Tschl., geb. 17. 5. 61 zu Stolp.
176583 Karl Boldt, Tschl., geb. 17. 4. 68 zu Hamburg.
275068 Karl Albert, Tschl., geb. 13. 3. 83 zu Langenau i. Böh.
312918 Kurt Hedelt, Tschl., geb. 11. 4. 88 zu Uebigau.
371721 Heinr. Potenberg, Tschl., geb. 23. 8. 88 zu Lübeck.
373379 Otto Dinse, Tschl., geb. 2. 1. 89 zu Kreipitz.
368621 Chr. Sauer, Holzarb., geb. 2. 7. 70 zu Waltershausen.
467217 Otto Deubner, Stockarb., geb. 7. 5. 78 zu Schöngleina.
512406 Ludw. Tippel, Tschl., geb. 3. 8. 90 zu Fugau i. Böhm.
522320 Max Dunger, Perlmuttarb., geb. 5. 11. 80 zu Freiberg i. S.
605031 Joh. Strampka, Holzarb., geb. 5. 11. 83 zu Kutzen.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Anträge zu der am 26. November in Berlin stattfindenden Stellmacherkonferenz.

Cassel, Mannheim, Kiel, Dresden, Rathenow beantragen: „Die Agitation unter den Stellmachern“ als besonderen Punkt der Tagesordnung auf der Konferenz zu behandeln.

Zu: „Die besonderen Verhältnisse in der Automobilindustrie“.

Leipzig: Alljährlich sollen an diejenigen Zahlstellen, in denen Automobil-Karosseriefabriken bestehen, Fragebogen herausgegeben werden, um die veränderten Lohn- und Arbeitsverhältnisse festzustellen. Das hieraus gewonnene Material ist alle zwei Jahre in Broschürenform zusammenzufassen und an die Kollegen zur Information bei Lohnfragen und zur Agitation zu verabreichen.

Bielefeld: In zweijährigen Perioden sind statistische Erhebungen im Autokarosseriebau zu veranstalten.

Bochum beantragt bessere Ausgestaltung der statistischen Fragebogen.

Zu: „Die besonderen Verhältnisse in der Waggonindustrie“.

Leipzig: In der Waggonindustrie ist die neunstündige Arbeitszeit mit allen Mitteln anzustreben.

Cassel: In den Waggonfabriken Deutschlands sind Durchschnittslöhne festzustellen.

Leipzig, Hannover: Es ist eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in sämtlichen Waggonfabriken aufzunehmen. Das dadurch gewonnene Material ist unter Berücksichtigung der bestehenden Akkord- und Kolonnensysteme und der Arbeitsweise in Broschürenform zusammenzufassen und den Kollegen als Agitationsmaterial zu übermitteln.

Leipzig, Görlitz: Zur besseren Durchführung der Lohnkämpfe in der Waggonindustrie ist der Hauptvorstand zu beauftragen, mit allen in Frage kommenden Zentralverbänden in Verbindung zu treten und die Gründung einer Zentralstelle der Waggonfabriken nach dem Muster der Seeschiffswerften anzustreben, desgleichen ein den Verhältnissen entsprechendes Regulativ auszuarbeiten.

Arbeitsnachweisfrage.

Dresden, Nürnberg: Bei Lohnbewegungen ist die Forderung auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu stellen.

Stuttgart: Die Konferenz empfiehlt überall die Gründung von obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweisen. Solange sich die Einführung von paritätischen Arbeitsnachweisen nicht ermöglichen läßt, sind die Sektionen verpflichtet, eigene örtliche oder Bezirksarbeitsnachweise zu gründen. Auch empfiehlt es sich, einen Zentralarbeitsnachweis der Stellmacher Deutschlands ins Leben zu rufen.

Bochum: Solange keine paritätischen Arbeitsnachweise bestehen, ist in jedem Gau eine Zentralstelle zu errichten, welche mit Hilfe der Zahlstellen und Sektionsleitungen den Arbeitsnachweis zu regeln hat.

Sonstige Anträge.

Mannheim, Bochum, Bielefeld, Rostock, Halle, Düsseldorf, Zwickau, Rathenow, Cassel, Nürnberg: Schaffung eines technischen Fachblattes für Stellmacher.

Stuttgart: In Anbetracht der finanziellen Schwierigkeiten, die sich der Herausgabe eines den Bedürfnissen der Stellmacher entsprechenden Fachblattes entgegenstellen, werden der Hauptvorstand und die Zentralkommission beauftragt, mit einer der bestehenden Wagenbauzeitungen zwecks billiger Lieferung derselben ein Abkommen zu treffen. Voraussetzung hierzu soll sein, daß sich diese Zeitung der modernen Arbeiterbewegung gegenüber eine neutrale Haltung auferlegt und den Kollegen eventuell ein Recht auf Mitarbeit eingeräumt wird.

Stuttgart, Zwickau, Mannheim: Die Zahlstellen werden verpflichtet, für die Sektionen der Wagner Zeichenkurse abzuhalten. Für finanziell schlecht gestellte Orte hat der Verbandsvorstand hierfür Zuschüsse zu gewähren.

Mannheim, Leipzig: Agitationsversammlungen mit einem Berufskollegen als Referenten abzuhalten.

Köthen, Halle, Hannover: Mehr Agitation unter den Stellmachern zu betreiben.

Hannover: Stellmacherkonferenzen in zweijährigen Perioden einzuberufen.

Zwickau: Stellmacherkonferenzen sollen mindestens in fünfjährigen Zwischenräumen stattfinden.

Nürnberg, Zwickau: Die Zahlstellenverwaltungen sind zu verpflichten, Stellmachersektionen zu gründen.

Bielefeld: Anschließend an die Gaukonferenzen ist eine Tagung der im Gau befindlichen Sektionen der Stellmacher zu veranstalten.

Rathenow: Es sollen über die Lage der in landwirtschaftlichen Maschinenfabriken beschäftigten Stellmacher Erhebungen angestellt werden.

Gotha: In allen Zahlstellen, in denen mehr als 5 Stellmacher beschäftigt sind, ist die Ortsverwaltung verpflichtet, alljährlich im Januar einen Jahresbericht an die Zentralkommission einzusenden. Derselbe muß, spezialisiert nach Berufsgruppen, wie Kastenmacher, Rademacher, Waggonbau, Karosseriebau, usw. folgende Fragen beantworten: 1. Wieviel Kollegen sind beschäftigt? 2. Wieviel Kollegen sind organisiert? 3. Wieviel Kollegen sind unorganisiert? 4. Wieviel Stunden wird wöchentlich gearbeitet? 5. Wieviel ist der durchschnittliche Stundenverdienst a) im Akkord? b) im Lohn? 6. Besteht Kolonnensystem? 7. Wieviel erhält der Kolonnenführer als Mehrentschädigung? 8. Wieviel Ueberstunden wurden geleistet? 9. Wieviel beträgt die Extraentschädigung für Ueberstunden? 10. Sonstige bemerkenswerte Vorgänge im Laufe des Jahres. Die Fragebogen sind einheitlich von der Zentralkommission resp. dem Zentralvorstand herauszugeben.

Braunschweig: Die Delegierten sind verpflichtet, in ihrer Zahlstelle dahin zu wirken, daß Arbeitszeit und Lohnverhältnisse im bestimmten Umkreise der Zahlstelle denjenigen der Stadt annähernd gleich gebracht werden.

Korrespondenzen.

Alfeld a. L. Obwohl unsere Mitgliederzahl sich steigert, läßt der Versammlungsbesuch in letzter Zeit zu wünschen übrig. Kollegen, das muß anders werden. Die Mitgliederversammlung ist sozusagen die Seele der Zahlstelle. Sollen unsere Kämpfe um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen so geführt werden, daß sie wenig Opfer erfordern und möglichst gute Erfolge für die Kollegen bieten, dann müssen die Kollegen gut orientiert und geschult sein. Diese Schulung geschieht fortgesetzt in den Versammlungen. Dieselben lehrreich und interessant zu gestalten, hat sich die Ortsverwaltung zur Pflicht gemacht. Wir müssen deshalb erwarten, daß alle Kollegen die Versammlungen, die am zweiten Freitag jeden Monats stattfinden, auch pünktlich besuchen. Um die weitere Ausbreitung unseres Verbandes muß ebenfalls ein jeder eifrig bemüht sein. Der Erfolg wird alsdann nicht ausbleiben. Ferner bitten wir, bei Bedarf stets unser Verkehrslokal, das „Vereinshaus", zu berücksichtigen.

Altenstadt a. Iller. Unsere junge Zahlstelle macht seit der kurzen Zeit ihres Bestehens ganz gewaltige Fortschritte. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt schon 120, und es wird uns hoffentlich bald gelingen, auch die noch Fernstehenden zu gewinn. Notwendig aber ist es, daß die Kollegen den stattfindenden Versammlungen stets reges Interesse entgegenbringen; denn wer kein Interesse hat für das, was innerhalb seiner Zahlstelle vorgeht, dessen Interesse für den ganzen Verband wird dann wohl auch bald erlahmen.

Bautzen. (Stellmacher.) Wie überall, haben sich auch hier die Stellmacher in einer Versammlung mit der bevorstehenden Konferenz beschäftigt. Um nun einen Ueberblick über die Lage in den Waggonfabriken zu bekommen, wurde gewünscht, daß jede deutsche Waggonfabrik durch einen Delegierten vertreten sein sollte. Indem nun in manchen Waggonfabriken Stellmacherarbeit auch von Tischlern angefertigt wird, hielt die Versammlung eine Aussprache über diesen Punkt auf der Konferenz für notwendig. Als großer Nutzen wurde betrachtet, daß durch diese Konferenz die Kollegen in den Waggonfabriken einander näher gerückt würden.

Meerane. In der letzten Fabrikversammlung der Firma G. Groß, Türen- und Fensterfabrik, haben sich Mißstände herausgestellt, welche die Lokalverwaltung veranlaßten, Maßregeln zu treffen. Zunächst machen wir alle nach hier kommenden Kollegen darauf aufmerksam, daß das Umschauen unter allen Umständen zu unterlassen ist. Ferner mögen alle Kollegen, welche auf die Annonce, welche die Firma Groß in verschiedenen Zeitungen setzen läßt, reagieren wollen, sich erst bei unserem Kassierer erkundigen.

Olberuhau. Bei der Firma A. O. Meyer (obere Mühle) hat der Kontorist Gleismann eine eigenartige Funktion. Er versteckt sich auf dem Holzplatze hinter die Holzhaufen, um zu erhorchen, was die Arbeiter miteinander sprechen. Jetzt ist ein Arbeiter entlassen worden, weil er mit seinem Nebenkollegen einige Worte gewechselt hat, was bei derartiger Arbeit gar nicht zu umgehen ist. Der Entlassene erhielt bei der Firma Richard Haase Arbeit, ihm wurde aber gleich am ersten Arbeitstage der Bescheid, daß er wieder aufhören könne, da er sich ja doch wohl „nicht einrichten werde". Auf den Einwand des Arbeiters, daß er doch schon bei der Firma Meyer ¾ Jahr lang dieselbe Arbeit verrichtet habe, antwortete Herr Richard Haase, da müsse er „nochmals anrufen"! Und eine solche Behandlung bietet man den Platz- und Sägewerkarbeitern bei der traurigen Bezahlung von 25 bis 27 Pf. pro Stunde! Wenn es einzelne Akkordarbeiter auf 30 bis 32 Pf. bringen, so wissen sie auch, daß dieser Lohn nicht erarbeitet, sondern erschunden werden muß. Der fragliche Arbeiter erhob nun gegen die Firma Haase Klage beim Gewerbegericht auf Entschädigung wegen kündigungsloser Entlassung. Es kostete ihm aber Mühe, den Gerichtsschreiber zur Protokollierung der Klage zu bewegen. Der redete ihm eindringlich zu, nochmals zur Firma zu gehen, vielleicht sei diese bereit, eine Abfindungssumme von 2 bis 3 Mk. zu gewähren. Nachdem dann die Klage endlich aufgenommen war, erhielt der Arbeiter noch am selben Tage vom Gerichtsschreiber die Mitteilung, die Firma sei bereit, den Kläger bis zum Ablauf der Kündigungsfrist zu beschäftigen. Wenn der Arbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehme, so verliere er seinen Rechtsanspruch. Es berührt doch eigentümlich, wie der Gewerbegerichtsschreiber sich um das Interesse der Arbeitgeber absorgt. Bei der Firma Robert Schneider läßt es der Mitinhaber Georg Schneider in Niederneuschönberg den Arbeitern gegenüber nicht nur beim Schimpfen und Brüllen bewenden, er wird sogar handgreiflich. Neuerdings wurde einem Heizer gekündigt, der wegen eines Familienfestes um ½ Tag Urlaub nachgesucht hatte. Als er nach der Kündigung wiederkam, war seine Stelle besetzt, und es wurde ihm angesonnen, den Hof vorzurichten. Obwohl er dies tat, gab es ein Anbrüllen, wie man es von einem anständigen Unternehmer nicht erwarten sollte. Das alles kann aber nur dort geschehen, wo es an einer gefestigten Organisation fehlt. Es wird deshalb die höchste Zeit, daß sich in den erwähnten Betrieben die Kollegen in ihrer Gesamtheit organisieren und daß gewissen Liebedienern ganz gehörig auf die Finger gesehen wird.

Schwelm. Das Strafsystem in der hiesigen Klavierfabrik von Ibach hat schon mehrfach Anlaß zu Beschwerden der Kollegen gegeben, und zwar deshalb, weil bei Urlaubsgewährung ziemlich rigoros verfahren wird. Nur ein Beispiel sei hier angeführt. Für Beerdigungen wird nur dann Urlaub erteilt, wenn ein ganz naher Verwandter des betreffenden Arbeiters in Frage kommt; für intime Freundschaft hat die Firma keinen Sinn; das letzte Geleit für einen guten Freund kostet 60 Pf. Strafe. Aber auch die Lohnverhältnisse der Kollegen sind durchaus nicht so, wie es eigentlich sein müßte. Dafür lieferte den Beweis eine vor einigen Wochen aufgenommene Lohnstatistik. Gewiß sind einige Branchen, die einen Verdienst haben, der als befriedigend zu bezeichnen ist, aber der allgemeine Durchschnitt ist doch nicht höher als zirka 31 Mk. pro Woche. Der niedrigste Lohn beträgt 21,50 Mk. und der höchste 46,60 Mk. pro Woche. In einer Eingabe an die Firma wurde eine Erhöhung der Löhne für diejenigen Branchen gewünscht, die unter dem allgemeinen Durchschnitt standen. Die Firma ging darauf ein und bekamen zirka 80 Kollegen eine Lohnerhöhung von etwas mehr wie 5 Proz. Bisher hatten eine ganze Reihe Kollegen, wenn sie zum Eintritt in den Verband aufgefordert wurden, immer die Ausrede, daß vom Verband doch nichts gemacht würde. Nachdem jetzt der Beweis erbracht ist, daß sie Unrecht haben, bleibt ihnen nichts mehr übrig, als dem Beispiel derer zu folgen, die in den letzten Wochen den Weg zur Organisation gefunden haben. Unsere Zahlstelle hat sich in den letzten zwei Jahren gut entwickelt, die Mitgliederzahl hat sich mehr wie verdoppelt, in ganz kurzer Zeit muß das zweite Hundert voll sein. Die Organisation in der Klavierfabrik und Pinselfabrik hat sich immer fortlaufend gebessert, dasselbe kann leider nicht gesagt werden von den Bauschreinern. In einer ziemlich großen Werkstelle ist fast kein Kollege organisiert. Dabei ist die Arbeitszeit für die Schreiner länger als in den übrigen Branchen. Auch die Bauschreiner könnten aus der Bewegung in der Klavierfabrik lernen, daß durch die Organisation die Lage der Arbeiter gebessert werden kann. Alles in allem: die Schwelmer Kollegen wollen an der allgemeinen Fortentwickelung unseres Verbandes ihr gut Teil beitragen.

Zürich. Seitdem wir im Frühjahr den freien Samstag-Nachmittag errungen haben, leiden wir permanent unter einem ungeheuren Zuzug vom Auslande. Viele versprechen sich nun die rosigsten Verhältnisse und sind nicht wenig erstaunt, wenn sie alles so ganz anders wie gedacht hier vorfinden. Seit Einführung des obligatorischen Arbeitsnachweises mit Umschauverbot trachten die Meister danach, denselben wieder zu Fall zu bringen. Die gegenwärtige schlechte Geschäftskonjunktur kommt ihnen dazu wie gerufen. Um diese Pläne zu durchkreuzen und die große Arbeitslosigkeit etwas einzudämmen, mußten wir dazu kommen, bei Vermittelungen vorläufig nur noch ortsansässige Kollegen zu berücksichtigen, und können zureisende Mitglieder höchstens darauf rechnen, außerhalb Zürichs Arbeit zu bekommen. Nur ungern haben wir solche Maßnahmen getroffen, doch in solchen kritischen Zeiten glauben wir auch, bei unsern ausländischen Kollegen Verständnis dafür zu finden. Wir bitten deshalb, gegenwärtig Zürich nicht zu überlaufen, um unsern Stand nicht noch mehr zu erschweren.

Unsere Lohnbewegung.

Zum Kampf in Hamburg.

Zwecks Beilegung des nun schon 32 Wochen währenden Kampfes schweben zurzeit erneut Verhandlungen. Am Sonnabend, den 28. Oktober, ist die Zentralschiedskommission für das deutsche Holzgewerbe wiederum zusammengetreten. Die Verhandlungen finden unter Assistenz der beiderseitigen Zentralvorstände in Berlin statt, wohin die örtlichen Parteien ihre Vertreter entsandt haben. Augenblicklich liegt ein endgültiges Ergebnis noch nicht vor, doch läßt der Gang der Verhandlungen die Erwartung, daß es jetzt gelingt, den langwierigen Kampf zu beenden, nicht unberechtigt erscheinen. Noch ist aber der Frieden nicht geschlossen, und Komplikationen liegen nach den seitherigen Erfahrungen keineswegs außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Der Zuzug nach Hamburg muß deshalb auch weiterhin ferngehalten werden, und zwar so lange, bis die Sperre an dieser Stelle ausdrücklich aufgehoben wird.

Das Ergebnis der sächsisch-thüringischen Metallarbeiteraussperrung für die Modell- und Fabriktischler.

Nachdem nunmehr die Aussperrung beendet und die Möglichkeit gegeben ist, ihren Ausgang zu überblicken, ergibt es sich, daß unsere Kollegen, die wider ihren Willen von den Unternehmern in den Kampf verwickelt wurden, hie und da Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen konnten.

Bekanntlich nahmen die Aussperrungen ihren Ausgang in den Differenzen zweier Metallwarenfabriken in Erfurt bezw. Ichtershausen und dem Streik der Leipziger Gelbmetallarbeiter. In beiden Orten begann die Aussperrung am 7. August. Am 26. bezw. 28. August kamen die Unternehmer in Chemnitz, Dresden, Meißen, Schmiedeberg i. Sachsen und in Saalfeld ihren festgefahrenen Kollegen zu Hilfe. Eine Gesamtaussperrung für das Reich, welche die Scharfmacher an die Wand gemalt hatten, haben sie vorsichtshalber unterlassen. Mitte September kam dann eine Einigung mit den Metallarbeitern in Leipzig und bald darauf in Thüringen zustande, so daß die Arbeit am 16. September in Sachsen, am 21. September in Thüringen wieder aufgenommen wurde; Gera folgte als letzter Ort am 2. Oktober. Die Wiedereinstellung der Ausständigen ging freilich an manchen Orten nur langsam vor sich.

Holzarbeiter waren insgesamt rund 1100 beteiligt, zumeist Fabrik- und Modelltischler, in Gotha und Dresden auch Stellmacher. In Meißen wurde die Aussperrung unserer Kollegen schon nach sechstägiger Dauer wieder zurückgenommen. Größere Zahlen ausgesperrter Holzarbeiter wiesen auf: Gera 60, Leipzig 100, Gotha 158, Dresden 305 und Chemnitz 364. Materiell am günstigsten schnitten die wenigen Kollegen in Gößnitz ab, die neben einer Herabsetzung der Arbeitszeit von 58 auf 54 Wochenstunden noch eine Lohnsteigerung um 1,35 Mk. wöchentlich davontrugen. In Gera wird die Arbeitszeit sofort von 60 auf 58 Stunden, 1912 auf 57 Stunden verkürzt, wozu eine Lohnerhöhung um 2 und 1 Pf. tritt, die bei den Holzarbeitern auch den Akkordarbeitern zugute kommt. Außerdem ist die Lohnsicherung bei neuen Arbeiten gewährleistet. In Altenburg beträgt die Arbeitszeit künftig 56 statt seither 57 Stunden. Durch die Vereinheitlichung der Arbeitsdauer am Orte gewannen die Kollegen je eines Betriebes in Gotha und Saalfeld 1½ bezw. 1 Stunde pro Woche.

Um diese Verbesserungen richtig zu bewerten, muß man berücksichtigen, daß es sich um Sympathieaussperrungen der Unternehmer handelte und daß ohne solche unsere Kollegen gar nicht dazu gekommen wären, zu dieser Zeit selbst Forderungen zu stellen. Die Chemnitzer Kollegen waren erst im Frühjahr anläßlich des Formerstreiks ausgesperrt und haben damals bei der Arbeitsaufnahme eine Reihe wesentlicher Verbesserungen durchgedrückt. Das mag wohl jetzt die Dresdener Metallindustriellen zu dem Beschluß veranlaßt haben, den Ausgesperrten keinerlei Sühnegeld zu bewilligen. Trotzdem erzielten die mitausgesperrten Stellmacher eines dortigen Betriebes 2 bis 4 Pf. Zulage pro Stunde. Ein Leipziger Unternehmer hat sogar seinen in unserem Verband organisierten Tischlern für die Tage der Aussperrung den vollen Durchschnittsverdienst zahlen müssen. Der Betrieb gehörte als Mechanikenfabrik auch dem Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe an und fiel dadurch unter den Leipziger Tarifvertrag der Tischler. Da er trotzdem auf Beschluß der Metallindustriellen aussperrte, mußte die Schlichtungskommission das Vorgehen als Tarifbruch kennzeichnen und den Inhaber als schadenersatzpflichtig erklären.

Wenn man an diesen Beispielen sieht, daß die aussperrungslüsternen Unternehmer auch nicht immer ganz ungerupft davonkommen und zum anderen der Schädigung des Geschäftes durch lange Aussperrungen eingedenk ist, kann man begreifen, daß auch in Unternehmerkreisen die Freude an solchen Sympathieaussperrungen in Zeiten guter Konjunktur nicht allzu groß ist. Auch diese Waffe hat eben der Schneiden zwei.

Die Arbeitsverhältnisse der Modell- und Fabriktischler sind heute vielfach weit hinter denen der anderen Branchen zurückgeblieben. Sie haben viel nachzuholen. Rücksichtslos werfen die Metallindustriellen ihre Arbeiter aufs Pflaster, auch wenn sie gar keine Forderungen stellen. Daraus sollten die beteiligten Holzarbeiter die Lehre ziehen, auch ihrerseits von der Organisation Gebrauch zu machen, anstatt gleichgültig abseits zu stehen, wie leider so viele gerade in diesen Branchen.

In Berlin hat die Schirmfabrik Lichtenstein den erst im Mai dieses Jahres abgeschlossenen Tarifvertrag, der die 52½stündige Arbeitszeit pro Woche vorsieht, gebrochen. Diese Arbeitsdauer ist in den anderen Betrieben am Orte seit Jahren schon üblich. In den letzten Monaten hatte die Firma nun mehrere unorganisierte Kollegen mit der Verpflichtung, 60 Stunden zu arbeiten, eingestellt. Jetzt wurde an die Verbandskollegen das Ansinnen gestellt, ebenfalls 60 Stunden zu arbeiten, und ein Kollege bei der Weigerung entlassen. Angebahnte Verhandlungen haben sich zerschlagen und sahen sich die Kollegen gezwungen, um den Unternehmer zur Aufrechterhaltung des Vertrages zu veranlassen, in den Streik zu treten. Die Betriebskollegen wie die Heimarbeiter haben den Kampf aufgenommen und erwarten vollste Solidarität von den Kollegen.

In Bochum sind die Stellmacher und Schmiede der Karosseriefabrik Friedr. Lueg Nachf. am 27. Oktober in den Ausstand getreten. In dieser Fabrik wird der Lohndruck besonders stark betrieben. Es soll möglichst in Akkord gearbeitet werden, doch ist mit den vom Betriebsleiter Cramatzki festgesetzten Preisen nicht auszukommen. Wird wirklich einmal ein kleiner Ueberschuß erzielt, dann wird derselbe auch auf frühere Defizits aufgerechnet. Geklagt wird auch über die Zustände im Maschinenraum. Die Maschinen stehen zu dicht, auch fehlt es an Licht und Staubabsaugung. Es wird um Fernhaltung des Zuzuges gebeten.

In Düsseldorf hat die Lohnbewegung der Modelltischler, wie jetzt in Ergänzung der Notiz voriger Nummer berichtet wird, für die in Maschinenfabriken beschäftigten Kollegen nur die 57stündige Arbeitszeit gebracht, dagegen wurde für die „reinen" Modellfabriken die Arbeitszeit sofort von 60 auf 54 Wochenstunden herabgesetzt und erfolgt am 1. Dezember 1912 eine weitere Verkürzung um 1 Stunde, so daß diese Arbeitszeit dann, wie im Tischlergewerbe, nur noch 53 Stunden beträgt. Da die vereinbarte Lohnerhöhung von 3 Pf. den Lohnausgleich nicht überall brachte, ist dieser bei der ersten Lohnzahlung trotzdem sämtlichen in Betracht kommenden Kollegen gewährt worden. Weitere Vorteile bei dieser Lohnbewegung ist die Ver-

lung der Ueberstundenarbeit, in welchen hier in Düsseldorf bis jetzt ein ganz Erkleckliches geleistet wurde. Da der Bestand der Modellschreiner in unserer Organisation im letzten Jahre sich verdoppelte, besteht die Gewähr, daß das Erreichte hochgehalten wird. Die Modellschreiner werden und müssen es sich nun zur Aufgabe machen, die noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen, denn dadurch wird dann erst der Erfolg der abgeschlossenen Bewegung gesichert.

In Dresden ist die Lohnbewegung der Musikinstrumentenbranche im allgemeinen ohne Streik beendet worden. Erreicht wurde in allen Betrieben die 52stündige, in 2 Betrieben die 51½stündige Arbeitszeit. Die Akkordpreise sind im Durchschnitt um 5 bis 10 Proz., einzelne Positionen bis 25 Proz. erhöht worden. Die Stundenlöhne wurden um 2 bis 11 Pf. erhöht. Bei der Firma Röhnisch, dem größten Betrieb, ist ein vierjähriger Vertrag abgeschlossen worden. An den Kollegen wird es nun liegen, das Errungene hochzuhalten und alle noch Fernstehenden dem Verbande zuzuführen.

Die Lohnbewegung der Vergolder und Rahmenmacher ist ebenfalls als beendet zu betrachten. Sie hat den Kollegen bis 5 Pf. Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung auf 53½ Stunden gebracht. In den Vergolderbetrieben sind Verträge auf 4 Jahre abgeschlossen worden, durch welche Arbeitszeitverkürzungen bis 4½ Stunden auf 53 Stunden pro Woche und Lohnerhöhungen bis 7½ Pf. pro Stunde erreicht worden sind. Den Kollegen erwächst nun die Pflicht, unermüdlich für den Verband tätig zu sein, damit bei der nächsten Lohnbewegung bessere Resultate erzielt werden.

In Köln setzte diesen Herbst in den Goldleistenfabriken eine Bewegung ein zur Erringung des Neunstundentages. Diese Bewegung hat jetzt ihren Abschluß erlangt. Durch Verhandlungen der Lokalverwaltung gelang es, in den vier Betrieben Altmann u. Müller, Wehersberg u. Cie., Bleißem u. Pieper und Schulze und Cie. mit insgesamt 220 Beschäftigten die neunstündige Arbeitszeit festzulegen; ebenso wurde bei den Löhnen bis 27 Mk. eine Lohnerhöhung von 10 Proz. zugestanden, bei den Löhnen über 27 Mk. erfolgt der Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung von 2—3 Stunden pro Woche. Für Ueberstunden werden 25 Proz. bezahlt. In zwei anderen Betrieben wurde bereits im vorigen Herbst die neunstündige Arbeitszeit eingeführt, so daß nun mit Ausnahme des Könemannschen Betriebes, in welchem noch 60 Stunden gearbeitet wird, auch in den Goldleisten- und Rahmenfabriken Kölns die neunstündige Arbeitszeit allgemein eingeführt ist. Für die Betriebe Bleißem u. Pieper und Schulze u. Co. ist der Erfolg um so beachtlicher, als in diesen Betrieben erst im vorigen Jahre eine dreistündige Arbeitszeitverkürzung pro Woche eingeführt wurde. Somit ist nun mit der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit ein langgehegter Wunsch der Vergolder und Goldleistenarbeiter in Erfüllung gegangen. Die Kollegen wissen auch sehr gut, daß sie diesen Erfolg nur dem Deutschen Holzarbeiterverbande zu danken haben. Hoffentlich werden die Kollegen dieses auch dadurch bekunden, indem sie noch mehr wie bisher bestrebt sind, auch den letzten Mann aus ihren Betrieben dem Deutschen Holzarbeiterverband als Mitglied zuzuführen. Auch auf die Kollegen der Firma Könemann ist diese Bewegung nicht ohne Eindruck geblieben. Das beweisen die massenhaften Aufnahmen für den Verband, die hier in den letzten Wochen gemacht worden sind. Der Organisationsgedanke marschiert also auch in diesem Betriebe, der noch bis vor kurzem als die Hochburg des Indifferentismus gegolten hat. Es besteht alle Aussicht, daß der Organisationsgedanke noch weiter um sich greift, so daß auch im Interesse der Könemannschen Kollegen die schon längst notwendigen Verbesserungen ihres Arbeitsverhältnisses durchgesetzt werden können.

In Mittweida ist der Streik in der Holzwarenfabrik „Mittweida", Inhaber Kunz u. Comp., durch Abschluß eines verjährigen Vertrages beigelegt. Der Vertrag bringt unter anderem innerhalb der Vertragszeit 56¼stündige Arbeitszeit, 6 Pf. Lohnerhöhung, Schaffung eines festen Tarifs und 10 Proz. Erhöhung desselben. Hoffentlich sorgen nun auch die Kollegen dafür, daß dieser sowie auch alle anderen Betriebe geschlossen organisiert werden.

In Schwelm haben einige Abteilungen von der Klavierfabrik von Ibach eine Lohnbewegung geführt. Sie verlangten Aufbesserung der Löhne und unterbreiteten dieses in einem von allen Arbeitern unterschriebenen Schriftstück der Firma. Anfänglich nahm die Firma einen ablehnenden Standpunkt ein; sie lasse sich nicht zwingen, sagte der Inhaber. Durch Unterhandlungen fühlte sich Herr Ibach dann doch bewogen, den Maschinen- und Hilfsarbeitern, die am 1. Juli d. J. schon 15 Pf. pro Tag mehr bekommen, abermals eine Zulage von 15 Pf. pro Tag zu geben. Diejenigen, welche unter 4 Mk. verdienten, bekommen jetzt 25 Pf. mehr. Die Furnierer bekommen 5 Proz. Zulage, die Kastenmacher und Beizer und Polierer durchschnittlich 10 Proz. und die Bodenmacher 2 Proz. Bei letzteren ist zu bemerken, daß ihnen vor zirka vier Wochen durch Einführung von neuen Rippblöcken 1,50 Mk. abgezogen werden sollte. Das wurde abgewehrt und jetzt eine Zulage von 1 Mk. erreicht.

In Wilkau bestehen bei der Firma Aug. Koppermann Vertragsdifferenzen, und zwar weigert sich die Firma, bei neuen Mustern und solchen Tarifmustern, an welchen Abänderungen stattgefunden haben, den Stundenlohn zu sichern. Es ist vorgekommen, daß Arbeiter dadurch bei einzelnen Akkorden 20 bis 50 Mk. an ihrem Stundenlohn einbüßten. Die Firma sowie der Deutsche Industrieschutzverband, Sitz Dresden, hat bisher Verhandlungen nicht stattgegeben, obwohl letzterer nach dem Wortlaut des Vertrages dazu verpflichtet ist. Auch hat die Firma angedeutet, daß, wenn sie einige Arbeiter entlasse, die „Ruhe" im Betriebe wieder einkehren würde. Diese Drohung richtet sich gegen die Mitglieder der Schlichtungskommission, beweist aber auch, daß die Firma den Vertrag zu halten überhaupt nicht gewillt ist. Sollte sie diese Absicht versuchen, in die Tat umzusetzen, so können wir ihr heute schon verraten, daß sie da ihre Rechnung ohne den Deutschen Holzarbeiterverband gemacht hat. Es steht zu erwarten, daß das Vorgehen der Firma zu ernsten Differenzen führen wird. Wir ersuchen daher, den Zuzug von Tischlern und Maschinenarbeitern streng fernzuhalten. Im besonderen Maße gilt das für die Holzarbeiter im Erzgebirge, da die Firma bemüht ist, von dort Arbeitskräfte heranzuziehen.

In Winsen a. d. Luhe haben die Pantinenmacher der Firma Ulrich auf dem Wege der Verhandlungen eine Aufbesserung der Löhne durchgesetzt. Nach dem neuen Tarif wird bezahlt: für Nageln pro Paar, gewöhnliche 7½, Holsteiner 9 und Winterpantoffeln 8½ Pf., für Nachsohlen der Hölzer pro Paar Männerpantoffeln 1¾, Frauen- und Burschenpantoffeln 1½ Pf., für Sortieren ungefohlter Hölzer pro 100 Paar 20 Pf. Der Stundenlohn bei Lohnarbeit beträgt 45 Pf. Für festgesetzte Feierstunden wird 40 Pf. entschädigt. Bemerkt sei, daß der Meister Adventist ist und daher Sonnabends nicht arbeiten läßt. Der abgeschlossene Tarif läuft bis zum 15. Oktober 1915.

In Wulsdorf und Umgegend hatten die Korbmacher in den letzten Jahren mehrfach Kämpfe mit ihren Arbeitgebern zu bestehen, da diese zur Zeit des schlechten Geschäftsganges regelmäßig die Akkordpreise reduzierten. Es werden hier fast nur Fischkörbe angefertigt und da infolge der allgemeinen Fleischteuerung verschiedene Großstädte dazu geschritten sind, die Einführung billiger Seefische in die Wege zu leiten, ist die Nachfrage nach Körben gewaltig gestiegen. Diese Situation benutzten die Kollegen, um an die Arbeitgeber heranzutreten mit dem Ersuchen auf Erhöhung der Akkordpreise, Abschluß eines Vertrages und Regelung einiger anderer Fragen. Die Arbeitgeber verhielten sich zunächst ablehnend; da sie aber nicht riskieren mochten, in dieser Zeit der guten Konjunktur ohne Gesellen zu arbeiten, machten sie schließlich Zugeständnisse, die unsere Kollegen akzeptieren konnten. Die Akkordpreise wurden um 3 Pf. pro Korb erhöht; der Stundenlohn steigt von 50 Pf. auf 55 Pf., schlechtes und unpassendes Material wird den Gesellen zugerichtet; Spalten machen wird extra bezahlt; die Akkordpreise für gemischte Arbeiten werden um 5 Prozent erhöht. Diese Zugeständnisse wurden durch einen Vertrag festgelegt, der bis zum 15. Oktober 1913 Gültigkeit hat. Die Arbeitgeber haben den Vertrag unterschrieben bis auf die Herren Allermann in Sellstedt und Müller in Schiffdorferdamm, die da glauben, ohne Gesellen fertig werden zu können. Wir bitten die Kollegen, die beiden genannten nicht mit Arbeitsangebote zu belästigen. Auf Grund ihrer guten Organisation ist es den Korbmachern möglich gewesen, ohne Kampf eine Verbesserung ihrer Lebenslage durchzusetzen.

Aus der Holzindustrie.

Aus der Waggonindustrie.

Wir haben in der vorigen Nummer von den komplizierten Transaktionen Notiz genommen, welche die beiden Breslauer Waggonfabriken planen, um sich einige Erleichterung von den Riesenprofiten zu verschaffen, die sie im Laufe der Jahre angesammelt haben. Es war ja beabsichtigt, diese Pläne ganz im geheimen durchzuführen, und den Interessenten ist es sehr unangenehm, daß die Geschichte an die große Glocke kam, so daß jetzt alle Welt erfährt, wie lukrativ der Bau von Eisenbahnwaggons ist. Den unangenehmen Eindruck sucht man jetzt durch Zuschriften an die Börsenpresse zu verwischen, aus welchen man wieder einige interessante Details aus der Waggonindustrie erfährt.

So wird jetzt mitgeteilt, daß die beiden Breslauer Fabriken, vorm. Linke und Gebr. Hofmann u. Co., mit 14 anderen Werken die „Norddeutsche Wagenbauvereinigung" bilden, die früher den Markt ganz allein beherrschte und auch jetzt nach dem Aufkommen anderer Fabriken noch 69 Prozent der preußischen Staatsaufträge schluckt. Danach gehören dieser Vereinigung die nachbenannten Waggonfabriken an: Van der Zypen u. Charlier, Köln, Waggonfabrik Linke, Breslau, Waggonfabrik Lüders, Görlitz, Düsseldorfer Eisenbahnbedarfsgesellschaft, Gebr. Gestell, Mainz, Herbrand Waggonfabrik, Köln, Hofmann Waggonfabrik, Breslau, Degmann u. Co., Kassel, G. Dietrich in Reichshofen (Elsaß), Killing u. Sohn, Hagen, Steinfurter Waggonfabrik, Waggonfabrik Gossen in Aachen, Eisenindustrie-Akt.-Ges. Harkort in Duisburg, Talbot u. Co., Aachen, Beuchel u. Co., Grünberg, Danziger Waggonfabrik.

Diese Betriebe sollen ihren Rebbach zur Zeit ihrer Alleinherrschaft gemacht haben, wo sie die Preise diktieren konnten. Seitdem sind viele neue Betriebe entstanden, die zu jener königlich preußischen Futterkrippe nicht in gleichem Maße zugelassen wurden. Zu diesen außerhalb der Norddeutschen Wagenbauvereinigung stehenden Werken gehören u. a. die Waggonfabrik Fuchs, Heidelberg, die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, die Gothaer Waggonfabrik, die Waggonfabrik Uerdingen, die Dessauer Waggonfabrik, die Waggonfabriken des Bochumer Gußstahlvereins, der Dortmunder Union (Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges.), der Laurahütte, die Akt.-Ges. für Eisenbahn- und Militärbedarf in Weimar, die Hannoversche Waggonfabrik in Ricklingen, die Rastatter Waggonfabrik, die Waggonfabrik Ditmar in Mecklenburg, die Orenstein u. Koppel-Gesellschaft in Berlin, die Norddeutsche Waggonfabrik in Bremen, die Waggonfabriken Käternburg in Nassau, Josef Rathgeber in München, vorm. Busch in Hamburg-Bautzen, die Firmen Lindberg in Halle, Gebr. Lüttgen in Burbach, Both u. Tillmann.

Seit der Entstehung dieser Konkurrenz für die Vereinigung sollen die Preise derart herabgegangen sein, daß der Bau von Eisenbahnwaggons nur noch einen ganz bescheidenen Nutzen läßt. Den jetzigen Profit der Breslauer Fabriken sucht man dadurch zu erklären, daß sie infolge der preußischen Zuwendungen immer übervoll beschäftigt waren. Wenn man schon zugeben will, daß die alten Werke durch frühere übersetzte Jahre und die Bevorzugung bei der Auftragserteilung günstiger daran waren als die neuerstandenen Konkurrenten, so erklärt das allein die dauernden riesigen Betriebsüberschüsse nicht. Ein Vergleich zeigt ja, daß sich auch bei den „bescheidenen" Preisen noch recht gut verdienen läßt.

Von den nichtsyndizierten Werken hat z. B. die Aktiengesellschaft vorm. Busch, Hamburg-Bautzen 1909 noch 14 Proz. und 1910 trotz der langen Aussperrung immer noch 12 Proz. Dividende ausgeschüttet; Fuchs-Heidelberg brachte in den letzten beiden Jahren je 12 Proz.; die Gothaer Waggonfabrik A.-G. kann für 1910/11 über 212 444 Mk. Reingewinn berichten, was den Stammaktien 7½ und den Vorzugsaktien 10 Proz. Dividende bringen soll. Die Waggonfabrik Rathgeber in München richtete erst 1910 eine neue Fabrik in Moosach ein und hat sich jetzt in eine Aktiengesellschaft mit 2½ Millionen Mk. Kapital und 1½ Millionen Mk. als Hypothek gesicherte Obligationen umgewandelt. Das läßt alles nicht auf schlechte Rentabilität schließen. Trotzdem sind in dieser Industrie die Arbeitsverhältnisse keineswegs zeitgemäße. So haben z. B. die Fabriken in Kassel, Uerdingen, Heidelberg und Mainz noch 57stündige, Gotha 58stündige und Görlitz gar noch 59stündige Arbeitszeiten. Bei der Waggonfabrik Herbrand in Köln bedurfte es in diesem Frühjahr erst eines fünfwöchigen Streiks, um auf die 57stündige Arbeitszeit zu kommen, bis dahin betrug diese noch 59 Wochenstunden. Dabei haben die Arbeiter der Tischlereien in Köln bereits seit 1904 eine Arbeitszeit von 54 und seit 1910 von 53 Wochenstunden. Bei dieser Gelegenheit sei auch an die langen Ausstände im Vorjahr in Bautzen, Ammendorf und Rastatt erinnert. Auch die beiden Breslauer Waggonfabriken, die so im Fett schwimmen, gewähren ihren qualifizierten Arbeitern nicht einmal die Arbeitsbedingungen, die sonst am Ort üblich sind. Die Holzarbeiter kommen in diesen Betrieben nur auf etwa 26 Mk. Wochenverdienst und wird in den beiden Waggonfabriken immer noch 57 bezw. 58 Stunden gearbeitet, während die Arbeitszeit der Breslauer Tischler schon seit Jahren 53 Stunden beträgt und in der Geltungszeit des jetzt laufenden Vertrages auf 52 Stunden reduziert wird.

Den Forderungen der Arbeiter begegnet man seitens der Waggonfabriken, sofern man sich überhaupt auf Verhandlungen einläßt, gern mit dem Hinweis auf die Konkurrenz des Auslandes. In der Beziehung ist es nicht uninteressant, zu konstatieren, daß eine Aufnahme, die der österreichische Holzarbeiterverband kürzlich veranstaltete, ergeben hat, daß die Waggonfabriken auch dort Verdienen groß schreiben und daß trotzdem die Arbeitsbedingungen den unseren voran sind.

Oesterreich hat 7 Waggonfabriken, und zwar in Wien-Simmering, Brünn, Prag, Graz, Staubing, Sanok und Nesselsdorf. Die Fabriken beschäftigen zusammen ausschließlich Brünn 1417 Holzarbeiter, von denen aber nur 520 organisiert sind, und sie werfen Dividenden von 7, 8, 10, 11 und 25 Proz. ab. Charakteristisch ist, daß der letzte Satz auf das Werk in Nesselsdorf fällt, dessen Arbeiter nur zu 10 Proz. organisiert sind und mit 23 Kronen den niedrigsten Durchschnittslohn und mit 57 Stunden die längste Arbeitszeit haben. Es trifft also auch hier, ebenso wie man es in Deutschland beobachten kann, schlechte Organisation mit schlechten Arbeitsbedingungen und hohem Unternehmerprofit zusammen. Im übrigen haben die österreichischen Fabriken durchweg die 54- oder 55stündige Arbeitszeit und 29 bis 36 Kronen Wochenverdienst.

In den fünf Waggonfabriken Ungarns herrscht zwar noch die zehnstündige Arbeitszeit, doch beträgt dort der Durchschnittsverdienst zirka 30 Kronen wöchentlich. Es gibt dort 2 Fabriken in Budapest und je eine in Arad, Kistarcsa und Raab, die durchweg mit 10 bis 26 Proz. Dividende arbeiten.

Die Konkurrenz dieser Länder kann unseren deutschen Fabrikanten demnach die Gewährung besserer Arbeitsbedingungen nicht unmöglich machen. Was sie daran hindert, das ist vielmehr die Lauheit und unverantwortliche Gleichgültigkeit ihrer Arbeiter, die sich der Macht des Zusammenschlusses meist noch gar nicht bewußt sind. Hier müssen wir den Hebel ansetzen, damit diese Arbeiterschaft mit der übrigen Schritt hält. Die Betriebsergebnisse jener Werke müssen auch dem gutgläubigsten Arbeiter zeigen, daß seine ungünstige Lage sich beim besten Willen aus dem Stande der Unternehmungen nicht rechtfertigen läßt.

Der Schutz der Zelluloidarbeiter. Die Petition, welche der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes gemeinsam mit den Verbänden der Buchbinder und der Fabrikarbeiter an den Reichstag gerichtet hat, stand am 17. Oktober auf der Tagesordnung des Reichstages. Bei dieser Petition handelt es sich hauptsächlich um den Erlaß einer Bundesratsverordnung zum Schutz der Zelluloidarbeiter gegen Brandgefahr. Von den Zelluloidindustriellen war eine Gegenpetition eingereicht worden, und beide Petitionen waren am 12. Januar dieses Jahres Gegenstand der Verhandlung in der Petitionskommission. Wir haben hierüber in Nr. 4 der „Holzarbeiter-Zeitung" ausführlich berichtet. In der Plenarsitzung des Reichstages scheint die Angelegenheit ohne Diskussion erledigt worden zu sein, denn in den Zeitungsberichten über die Sitzung vom 17. Oktober wird die Behandlung dieser Petition gar nicht erwähnt. Wir erhalten von dem Beschluß des Reichstages nur Kenntnis durch die offizielle Mitteilung des Direktors beim Reichstag an unseren Verbandsvorstand, wonach der Antrag der Petitionskommission vom Plenum angenommen wurde. Dieser Antrag geht dahin, die Petition der Arbeiterverbände, soweit sie eine Bundesratsverordnung für die Zelluloidindustrie verlangt, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Die übrigen Punkte der Petition sowie die Gegenpetition der Unternehmer sind dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Dieser Beschluß des Reichstages besagt, daß die Volksvertretung mit dem Verlangen der Arbeiter nach Erlaß einer Bundesratsverordnung einverstanden ist. Die den Zelluloidarbeitern drohenden Gefahren hält der Reichstag für so groß, daß er auch seinerseits den Reichskanzler ersucht, die Bitte der Arbeiter zu berücksichtigen. Nunmehr liegt es am Reichskanzler und am Bundesrat, ob dem Ersuchen Gehör geschenkt werden soll. Man wird jedoch gut tun, an den Beschluß des Reichstages keine überschwenglichen Hoffnungen zu knüpfen. Die Mühlen des Bundesrats mahlen, wenn es sich um Maßnahmen im Interesse der Arbeiter handelt, sehr langsam, und es besteht im vorliegenden Falle durchaus keine Gewähr dafür, daß sie überhaupt Mehl geben. Wenn der Reichstag der Eingabe der Unternehmer auch nur geringere Bedeutung beigemessen und sie deshalb nur als Material überwiesen hat, so weiß man doch, daß Unternehmerwünsche bei der Regierung viel leichter ein geneigtes Ohr finden als die Wünsche der Arbeiter, wenn diese auch mit noch so guten Argumenten

geflügt werden. Hält man dazu, daß in der Petitionskommission der Vertreter der Regierung sich gegen den Erlaß einer Bundesratsverordnung ausgesprochen hat, so ist unsere Hoffnung, daß die Bitte der Zelluloidarbeiter wirklich Berücksichtigung findet, sehr bescheiden. Selbstverständlich wird es uns um so mehr freuen, wenn sich unsere Befürchtungen als unbegründet erweisen.

Gewerkschaftliches.

Die christliche Gewerkschaftsinternationale.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften" berichtet über eine am 18. und 19. September in Köln abgehaltene Sitzung der internationalen Kommission der christlichen Gewerkschaften, an welcher Vertreter der christlichen Landeszentralen aus Deutschland, Oesterreich, Belgien, der Schweiz, Holland und Italien teilgenommen haben. Die internationale Verbindung der christlichen Gewerkschaften datiert seit der Züricher Konferenz im August 1908, und am 1. Januar 1909 hat das internationale Sekretariat seine Tätigkeit aufgenommen. Die ganze Einrichtung ist ein schwacher Abklatsch der entsprechenden Einrichtung der freien Gewerkschaften, über welche die guten Christen früher nicht genug zu spötteln wußten.

Die Führer der christlichen Gewerkschaften haben das Bedürfnis, immer wieder die grundsätzliche Verschiedenheit ihrer Organisationen und der freien Gewerkschaften zu betonen. Tatsächlich ist ja auch ein solcher grundsätzlicher Unterschied vorhanden insofern, als die freien Gewerkschaften ausschließlich die Interessen der Arbeiter vertreten und sich in ihrem ganzen Tun und Lassen einzig und allein von dieser Richtschnur leiten lassen, während es der Zweck der christlichen Gewerkschaften ist, die Interessen des Zentrums zu fördern, einer Partei, in welcher die arbeiterfeindlichen Schlot- und Krautjunker neben den weltfremden Priestern die ausschlaggebende Rolle spielen. Die gewerkschaftliche Tätigkeit der Christen ist nur ein Mittel zu dem Zweck, die Arbeiter in der Hand zu behalten, um sie im Interesse des Zentrums dirigieren zu können. Wo sich die Christen gewerkschaftlich betätigen, müssen sie sich, wenn sie nicht von vornherein auf Verrat ausgehen, der Methoden der freien Gewerkschaften bedienen. Daß dies die gleichen Methoden sind, darf man aber als guter Christ nicht zugeben; und da ist es denn recht possierlich, zu sehen, wie die Christen sich drehen und winden, um ihren gläubigen Nachbetern zu zeigen, daß sie auch in gewerkschaftlicher Beziehung sich sehr wesentlich von den freien Gewerkschaften unterscheiden.

Auch im vorliegenden Bericht wird ein solcher Eiertanz aufgeführt. Es heißt da: „Die christliche Gewerkschaftsinternationale hat insofern mit anderen Voraussetzungen wie die sozialistische zu rechnen, als sie nicht wie die letztere alles und jedes in die Schablone des Klassenkampfprinzips hineinzwängen kann. Vielmehr fühlen sich die christlichen Arbeiter in ethischen, kulturellen und nationalen Fragen mit den übrigen Volksschichten verwachsen, so daß nicht ihre ganze Bewegung von einer Stelle aus einheitlich dirigiert werden kann. Das Schwergewicht der internationalen Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften liegt infolgedessen bei den einzelnen Verbänden, wo Berufsfragen von mehr oder minder einheitlichem Gepräge im Vordergrund stehen."

Das sind leere Phrasen, die der internationale Christ hier von sich gibt. Für den Umstand, daß das Schwergewicht der internationalen Tätigkeit bei den einzelnen Verbänden liegt, kommen in Wirklichkeit doch wohl andere Momente in Betracht als die Verleugnung des Klassenkampfprinzips seitens der Christen. Und wie man die internationale Solidarität der Arbeiter fördern und vertiefen und gleichzeitig bestreiten will, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder gemeinsame Interessen haben, die denen der anderen Bevölkerungsklassen entgegenstehen, das ist auch so ein christliches Geheimnis. Diese Solidarität der Arbeiterinteressen, die vor den Landesgrenzen nicht Halt macht, das ist ein wesentlicher Bestandteil des Klassenkampfprinzips, welches von den Christen so entschieden bekämpft wird. Verleugnung des Klassenkampfes und die Förderung der internationalen Beziehungen der Gewerkschaften sind zwei Begriffe, die sich diametral gegenüberstehen. Daß die Christen vermeinen, diese unüberbrückbaren Gegensätze miteinander verbinden zu können, ist nur ein Beweis für die innerliche Verlogenheit der von den Christen propagierten Gewerkschaftsgrundsätze.

Ueber die Tätigkeit des internationalen christlichen Sekretariats heißt es in dem Bericht, daß es seine Aufgabe darin gesehen habe, die Verhältnisse der christlichen Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern nach Möglichkeit an Ort und Stelle zu untersuchen und Ratschläge zu erteilen. Es hat mit Erfolg Verbindungen in Frankreich anzuknüpfen versucht. Korrespondenzen mit den Landeszentralen, Beobachtung der Presse in den betreffenden Ländern und Einwirkung auf dieselbe, Zustellung von Literatur, Erteilung von Informationen bei drohender oder bereits erfolgter Anwerbung von Arbeitern zur Lohndrückerei, zum Streikbruch usw. und Verarbeitung von statistischen Materialien auf verschiedenen Gebieten waren die Hauptaufgaben des internationalen Sekretariats. In der Hauptsache hat es also, wenn auch in bescheidenerem Umfang, eine ähnliche Tätigkeit entwickelt wie sein Vorbild, das internationale Sekretariat der freien Gewerkschaften. Künftighin soll in der Nachahmung dieses Vorbildes fortgefahren werden. Erfahrungen, Ratschläge und Materialien sollen zwischen den Ländern ausgetauscht werden. Zu wichtigen Tagungen der Landeszentralen und einzelner Berufsverbände soll das Sekretariat einen Vertreter entsenden. Die Statistik soll mehr gefördert werden, und vierteljährlich sollen die Landeszentralen an das Sekretariat berichten.

Ueber den augenblicklichen Stand der christlichen Gewerkschaften macht der Bericht folgende Angaben: Deutschland 860 000 Mitglieder (Ende 1910 = 816 115), Oesterreich (82 842), Belgien 71 825 (49 478), Holland 7626, Schweiz (11 780), Italien 6280 und Rußland 8000 (3000). Eine Bemerkung zu diesen Zahlen erübrigt sich, zumal deren Richtigkeit schwer zu kontrollieren ist. Erwähnt sei noch, daß sich die Christen um den internationalen Zusammenschluß der Hafenarbeiter besonders bemühen wollen und zu dem Zweck eine aus Vertretern von Belgien, Holland und Deutschland zusammengesetzte Kommission gebildet haben. Der Bericht schließt mit dem Ausdruck der Genugtuung darüber, daß es mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung vorwärts gehe. Wir können den Christen diese Freude lassen. Sie haben im Laufe der Jahre ihre Hoffnungen schon sehr herabgestimmt, und sie werden sich künftighin auch mit bescheidenen Resultaten zufrieden geben. Soweit Deutschland in Betracht kommt, ist ihr Rekrutierungsgebiet noch nicht völlig erschöpft; sie haben noch Aussicht weiter zu wachsen. Aber ihrer Ausdehnungsfähigkeit sind doch verhältnismäßig enge Grenzen gesteckt. Je mehr die Arbeiterschaft über das wahre Wesen der christlichen Gewerkschaften aufgeklärt wird, desto mehr schrumpfen deren Aussichten auf Fortentwickelung zusammen.

In der westfälisch-lippischen Tabakindustrie sind seit dem 16. Oktober rund 9000 Arbeiter ausgesperrt. Der Westfälische Zigarrenfabrikantenverband, der in seinen Betrieben etwa 22 000 Personen beschäftigt, hat diese Aussperrung der organisierten Arbeiter beschlossen, um damit die in einigen der Betriebe gestellten Lohnforderungen abzuwehren. Bisher haben diese Maßnahmen der Unternehmer allerdings nur den Erfolg gezeitigt, daß sich zahlreiche Unorganisierte ihren Verbänden anschlossen. Unser Verband ist bei dieser Aussperrung mit rund 140 Zigarrenlistenarbeitern in Bünde in Mitleidenschaft gezogen. Die beteiligten Gewerkschaften haben zur Leitung dieses Kampfes eine besondere Kommission gebildet, die sich aus je drei Vertretern des Deutschen und des Christlichen Tabakarbeiterverbandes, zwei des Sortiererverbandes und einem des Deutschen Holzarbeiterverbandes zusammensetzt. Die Arbeiter der Tabakindustrie haben unter den Folgen der unglücklichen Reichsfinanzreform seither mit am schwersten gelitten; die Ausständigen sind deshalb um so mehr entschlossen, in dem ihnen aufgezwungenen Kampf auszuharren. Die beiden Verbände der deutschen Tabakarbeiter und der Zigarrensortierer, die zusammen mit etwa dem sechsten Teil ihrer Mitglieder an der Aussperrung beteiligt sind, haben darum die Ausschreibung von Extrabeiträgen beschlossen. Die männlichen Mitglieder beider Organisationen werden jetzt in einem Aufruf aufgefordert, auf die Dauer von 18 Wochen je 50 Pf. zu entrichten. Für die weiblichen und jugendlichen Mitglieder soll der Extrabeitrag 25 Pf. pro Woche betragen.

Die Verschmelzung des Verbandes der Stukkateure mit dem Bauarbeiterverband ist nunmehr beschlossene Sache. Der Anschluß des Stukkateurverbandes an den Maurerverband ist schon früher ernstlich erwogen worden. Bei einer im Jahre 1907 vorgenommenen Urabstimmung haben sich aber nur 32,2 Proz. der abstimmenden Mitglieder dafür erklärt. Auf dem letzten Verbandstag der Stukkateure wurde nun beschlossen, die Urabstimmung zu wiederholen, doch sollte der Anschluß nur dann als beschlossen gelten, wenn sich mindestens zwei Drittel der Mitglieder an der Abstimmung beteiligen und von diesen wenigstens 60 Proz. für den Anschluß stimmen. Diese Bedingungen sind jetzt erfüllt. Von den 10 832 Mitgliedern des Stukkateurverbandes haben sich 8785 oder 84,1 Proz. an der Abstimmung beteiligt. Von diesen stimmten 5499 oder 62,9 Proz. für den Anschluß. Der Uebertritt erfolgt zum 1. Januar 1912.

Zwischen den Verbänden der Textilarbeiter und der Fabrikarbeiter ist ein Kartellvertrag abgeschlossen worden, welcher die Zuständigkeit der beiden Organisationen für die in den Kunstseidefabriken beschäftigten Arbeiter abgrenzt. Danach gehören die in Zwirnereien, Spulereien und Haspeleien beschäftigten Personen zum Textilarbeiterverband, während alle bei der zur Herstellung der Kunstseide erforderlichen Vorarbeiten beschäftigten Personen einschließlich der Spinner zum Fabrikarbeiterverband gehören. Aufnahmen und Uebertritte in die hiernach nicht zuständige Organisation sind zurückzuweisen, und die zurzeit der unzuständigen Organisation angehörenden Mitglieder sind zum Uebertritt in die zuständige Organisation anzuhalten.

Polizeiliches und Gerichtliches.

In eigener Sache. In einer in Nr. 10 der „Holzarbeiter-Zeitung" abgedruckten Korrespondenz aus Weißenstadt im Fichtelgebirge war gegen den Dampfsägewerksbesitzer Chr. Dürrbeck der Vorwurf erhoben worden, daß er die Arbeiter schlecht behandle und sie übervorteile und daß er die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter nicht einhalte. Zum Schluß der Notiz heißt es, daß der Brutalität und der Ausbeutung des Unternehmers ein Ziel gesetzt werden müsse. Durch diese Notiz fühlte sich der Herr Dürrbeck schwer beleidigt und er erhob gegen den Redakteur, Kollegen Kayser, Beleidigungsklage. Die Verhandlung fand am 26. Oktober vor dem Schöffengericht in Kirchenlamitz statt und sie hatte ein Ergebnis, mit welchem Herr Dürrbeck wenig zufrieden sein dürfte.

Der Vertreter des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Süßheim-Nürnberg, hatte einen umfassenden Wahrheitsbeweis für die aufgestellten Behauptungen angetreten. Durch eine Reihe von Zeugenaussagen wurde nachgewiesen, daß sämtliche Behauptungen der Notiz richtig sind. Das Gericht hielt aus, den Wahrheitsbeweis in vollem Umfange für erbracht und da dem Angeklagten überdies der § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zur Seite stand, wurde er glatt freigesprochen. Die nicht unbeträchtlichen Kosten fallen dem Privatkläger zur Last. Herr Dürrbeck hat also mit seinem Gang zum Kadi einen schlimmen Reinfall erlebt, er mußte sich überdies bei der Urteilsverkündung vom Richter sagen lassen, daß in seinem Betrieb noch vorsintflutliche Zustände herrschen. Hoffentlich zieht er aus dem Ausgang dieses Prozesses die Lehre, daß es für ihn zweckmäßiger ist, seinen Betrieb den modernen Anforderungen entsprechend einzurichten, statt sich wegen einer berechtigten Kritik beleidigt zu fühlen und sich eine Niederlage vor Gericht zu holen.

Eingesandt.

Zur Maschinenarbeiterkonferenz.

Die zur Konferenz gewählten Delegierten werden gebeten, sich zum Zwecke der Logisbesorgung möglichst umgehend bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Lokalkomitees anzumelden.

Xaver Attenhofer, München, Feuerbachl 18 II.

Zur Stellmacherkonferenz.

Auch ich halte es für zweckmäßig, daß zu Punkt 2 und 3 der Tagesordnung geeignete Referenten bestellt werden. Denn durch einen Referenten, der die ganze Materie beherrscht und auch die technische und wirtschaftspolitische Bedeutung des einzelnen Industriezweiges den Konferenzteilnehmern zu Gehör bringen kann, ist es möglich, die besonderen Verhältnisse in der Automobil- sowie in der Waggonindustrie richtig zu schildern. Ein ganz besonderes Interesse ist den besonderen Verhältnissen in der Automobilindustrie zu widmen, denn in keinem anderen Fabrikationszweig innerhalb der Holzindustrie ist ein solch rapides Emporschnellen und eine solche eminente Umwälzung zu verzeichnen, wie gerade in den letzten Jahren in der Automobilindustrie. Durch den Umstand, daß wir uns gegenwärtig in einer Hochkonjunktur befinden, ist die Nachfrage nach Stellmachern und besonders Kastenmachern größer wie das Angebot und es dürfte jetzt die Zeit nicht versäumt werden, einheitlich vorzugehen. Gerade in dieser Beziehung könnte die Konferenz Wertvolles leisten, wenn es ihr gelingen würde, für künftige Tarifabschlüsse einheitliche Richtlinien festzulegen, damit in absehbarer Zeit die ungeheuren Unterschiede der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Fabriken und Orten etwas abgemildert würden. Auch sollten Mittel und Wege gesucht werden, die Auswüchse des Akkordsystems zu beseitigen. Bei der Arbeitsvermittelungsfrage dürfte es zweckmäßig sein, bei den Tarifabschlüssen festzulegen, daß der Unternehmer zuerst die örtliche Arbeitsvermittelung in Anspruch zu nehmen hat, ehe er sich anderweitig um Arbeiter bemüht. Bei Punkt Verschiedenes dürfte auch die Reorganisation des Fachblattes einen breiten Spielraum einnehmen. Diese Frage ist zwar schon des öfteren angeschnitten worden, hat aber bis heute noch keine befriedigende Lösung gefunden. Die Stuttgarter Kollegen suchen eine solche in der Richtung, daß mit einer Wagenbauzeitung ein Abkommen getroffen wird zwecks Herausgabe einer Personalausgabe für die Stellmacher. Diese Lösung würde ich für keine glückliche halten, ich bin vielmehr der Meinung, daß das, was ein Privatunternehmen leisten kann, dem Holzarbeiterverband auch möglich sein sollte. Schließlich dürften doch die Kollegen einer vom Holzarbeiterverband herausgegebenen, auf der Höhe der Zeit stehenden Fachschrift mehr Interesse entgegenbringen als einem Privatunternehmen. Wir dürfen auch die agitatorische Wirkung einer Fachschrift nicht außer acht lassen, denn die jüngeren Kollegen würden ein viel größeres Interesse am Verband bekunden, wenn innerhalb desselben auch für die berufliche Ausbildung Sorge getragen wird. Wenn alle Punkte eingehend erörtert werden sollen, wird natürlich ein Tag nicht ausreichen. Ich bin daher der Meinung, daß von vornherein ein zweiter Verhandlungstag in Aussicht genommen werden sollte.

Heilbronn. August Keinert.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die Geschichte der Erde. I. Wie Berg und Tal entstehen.** Kurzer Abriß der dynamischen Geologie. Von R. Pommerell. 15. Bändchen der Kleinen Bibliothek. 128 Seiten. Illustriert. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein orientierender Ausflug. — Die umgestaltenden Wirkungen des Wassers und der Luft. — Die geologische Wirksamkeit der Organismen. — Vulkane. — Erdbeben. — Gebirgsbildung.

Ferner ist erschienen und gelangt gleichzeitig zur Ausgabe: **Aus alten Tagen.** Soziale Bilder aus der deutschen Vergangenheit. Von Julius Deutsch. 16. Bändchen der Kleinen Bibliothek. 96 Seiten. Illustriert. Der Verfasser schreibt in der Vorrede: Die deutsche Wirtschafts- und Kulturgeschichte pflegt in dickleibigen Büchern behandelt zu werden. Die Folge davon ist, daß dieses Wissensgebiet dem Volke fremd bleibt, haben doch die meisten arbeitenden Menschen nicht Zeit zu ernstem Studium. Ich habe nun aus der Fülle der geschichtlichen Ueberlieferung einige Kapitel herausgegriffen und trage sie in anderer Form als gewöhnlich vor. Nicht im Kleide ernster Gelehrsamkeit, sondern in der losen Hülle leichtverständlicher Skizzen versuche ich, soziale Zustände vergangener Tage zu schildern. — Mögen diese anspruchslosen Bilder dazu beitragen, deutschen Arbeitern die deutsche Vergangenheit lebendiger zu gestalten.

Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinspreis 50 Pf.

Versammlungs-Anzeiger.

Eisenberg. Sonnabend, den 11. Nov., abends ½9 Uhr, in Büchners Restaurant.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 11. Nov., abends 7 Uhr, Sektionsversammlung der Modell- und Fabrikschreiner im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal B.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 12. Nov., vormittags ½10 Uhr, Sektions-Versammlung der Bürstenmacher im Gewerkschaftshaus, Colleg 4.

Anzeigen.

Bergedorf. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß wir unsere Herberge und Verkehrslokal ab 1. Nov. 1911 von Töpferstiege 4 nach Kuhberg (Inh. H. Stapel) verlegen. Daselbst Auszahlung der Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis abends von 6—7 Uhr.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis, Germanstraße 13 und Rückerstraße 9:

Drechsler . . . . . } 8—10 Uhr vormittags
Modelltischler . . . . }
Stellmacher . . . . }
Glockarbeiter . . . . }

Maschinenarbeiter von 10—12 Uhr vormittags
Einsetzer von 1½—2½ Uhr nachmittags
Stellmacher von 1½—3 Uhr nachmittags
Möbelpolierer . . . . . { 8—10 Uhr vormittags und 2½—3½ Uhr nachmittags.
Bautischler von 1—3 Uhr nachmittags
Tischler aller Branchen außer Bautischler von 8 bis 1 Uhr vormittags

In dem Arbeitsnachweis der Zahlstelle, Engelufer 14, parterre, Saal 4, werden vormittags von 9—12 Uhr folgende Branchen vermittelt:

Bilderrahmenmacher,	Korbmacher,
Bodenleger,	Kammacher,
Bürstenmacher,	Perlmutterarbeiter,
Hutformentischler,	Schirmmacher
Salonsearbeiter,	Vergolder.
Klavierarbeiter,	

Alle übrigen Arbeitsnachweise sind für Verbandsmitglieder gesperrt.

Das Anfragen um Arbeit in den Werkstätten ist streng verboten.

Braunschweig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bureau, Werder 32, II. Umschauen. Benutzung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Inserate ist strengstens verboten.

Bremervörde. Unser Versammlungslokal, Herberge und Arbeitsnachweis befinden sich im Gasthaus zur Deutschen Eiche. Das Umschauen ist streng verboten.

Chemnitz. Der Arbeitsnachweis der Bau- und Möbeltischler und der Modell- und Fabriktischler befindet sich im Bureau der Zahlstelle, Dresdnerstr. 38, geöffnet vormittags von 10 bis 11 Uhr. Umschauen und schriftliche Anfragen sind strengstens untersagt. Alle zureisenden Kollegen haben sich in erster Linie im Zahlstellenbureau zu melden.

Darmstadt. Arbeitsnachweis Bismarckstraße 19. Umschauen streng verboten.

Görlitz. Der Arbeitsnachweis für Modelltischler befindet sich nur im Bureau, Luisenstr. 8, r. Seitenh. Umschauen ist strengstens verboten.

Grimma (Sachsen). Zureisende Kollegen werden ersucht, hier und in der Umgegend nicht Umschau zu halten. Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme bei dem Bevollmächtigten oder Kassierer Auskunft einzuholen.

Harburg a. Elbe. Kollegen, die hier in Arbeit treten, oder sich verändern wollen, sind verpflichtet, unsern Arbeitsnachweis zu benutzen. Dieser befindet sich Karnapp 5, pt. l., und ist geöffnet werktätig von 7 bis 7½ Uhr abends. Das Umschauen ist streng verboten.

Holzminden. Das Verkehrslokal befindet sich ab 1. November d. J. in der Gastwirtschaft Fr. Daubert, Hinterstr. 28. Daselbst wird Reiseunterstützung und Lokalgeschenk ausbezahlt, auch bei Bedarf Arbeit nachgewiesen. Umschauen ist zu unterlassen.

Karlsruhe i. B. Die neue Zentralherberge befindet sich Zähringerstr. 2. Wir ersuchen die reisenden Kollegen, dies zu beachten.

Rabenau. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18, Eingang Mittelgasse, 1. Etage. Geöffnet von 11—1 und 5—7 Uhr. Umschauen ist verboten.

Reichenbach, Vogtl. Der Arbeitsnachweis für Reichenbach und Umgebung befindet sich im Gasthof zur „Neuen Welt" und ist geöffnet von 7 bis 8 Uhr abends. Umschauen ist strengstens verboten.

Wittenberg (Bez. Halle). Der Arbeitsnachweis für Tischler befindet sich bei Freudenberg, Kurfürstenstr. 15. Umschauen streng verboten.

Zwickau (Sachsen). Das Verkehrslokal der **Stellmachersektion** befindet sich im Restaurant „Stadt Glauchau", Glauchauerstr. 26. Wir ersuchen die zureisenden Kollegen, nur hier einzukehren; daselbst wird auch Auskunft erteilt. Das Umschauen ist streng verboten.

Fritz Raabe, Tischler, Buchn. 442073, geb. 10. 12. 1875, wird gebeten, wegen einer Zeugensache seine Adresse zu senden an Kassierer Franz Mohsatz, Spremberg, Schlesischestr. 1.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 17. November, abends 8 Uhr

General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15.

Tagesordnung:

1. Wahl eines unbesoldeten Mitgliedes zum Hauptvorstand.
2. Neuwahl des 2. Bevollmächtigten.
3. Ersatzwahl zur Ortsverwaltung.
4. Bericht der Ortsverwaltung.
5. Kassenbericht.
6. Anträge.

Mitgliedsbuch u. Delegiertenkarte legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Berlin.

Wegen Ausscheiden des 2. Bevollmächtigten wird ein **Angestellter** für das Bureau der Zahlstelle gesucht. Bewerber müssen mindestens 5 Jahre organisiert und mit den Verhältnissen der Berliner Holzindustrie vertraut sein. Der Bewerbung muß Angabe der Mitgliedsdauer und Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sowie eine kurze Bewerbungsarbeit über die Tätigkeit eines Gewerkschaftsangestellten beigefügt werden.

Bewerbungen sind spätestens bis zum 12. November im Bureau, Engelufer 14/15, mit der Aufschrift „Bewerbung" einzureichen.

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Dortmund.

In der letzten Mitgliederversammlung wurde Kollege Adam Clement aus Krefeld als Lokalbeamter gewählt. Allen Bewerbern besten Dank.

Die Lokalverwaltung.

Lokalbeamter

wird von der Zahlstelle **Danzig** zum baldigen Antritt gesucht. Verbandskollegen, die in der Agitation in jeder Hinsicht erfahren sind, dem Verbande mindestens 5 Jahre angehören, wollen ihre selbstgeschriebene Bewerbung, unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, bis zum 25. November mit der Aufschrift „Bewerbung" an den Unterzeichneten einsenden. — Gehalt nach den Beschlüssen des Münchener Verbandstages.

Die Ortsverwaltung.
J. A.: Adolf Kwiatkowski
Dominikswall 8, Hof I.

Tüchtige **Modelltischler** nach Bremen gesucht. Zu melden im Bureau der Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes.
Bremen, Faulenstr. 58/60.

Tüchtige **Möbeltischler** auf kieferne und furnierte Arbeiten stellen ein
Christ u. Quark
vorm. T. Hoffmeister u. Co.
Gotha.

1—2 gute **Möbeltischler** finden dauernde Beschäftigung bei
Paul Berles, Tischlerei, **Cobstädt,** Post **Wandersleben** bei Neudietendorf.

Bedeutende **Möbelfabrik** Norddeutschlands **sucht per sofort tüchtigen Meister,** der mit fabrikmäßiger Herstellung furnierter Möbel und Kalkulation durchaus vertraut und in großen Betrieben bereits tätig gewesen. Nur erste Kräfte wollen sich mit Angabe der bisherigen Tätigkeit melden unter Chiffre **H. W. 1399** an die Annoncenexpedition **Rudolf Mosse, Hamburg.**

Mehrere tüchtige
Möbelschreiner
auf furnierte Schlafzimmer per sofort, bei gutem Akkordlohn gesucht.
G. Bühler, Möbelfabrik, **Spaichingen,** Württemberg.

Tüchtiger **Tischler** auf bessere Möbel und **Stuhlpolierer** bei gutem Verdienst für dauernd gesucht. **Karl Klubescheidt,** Stuhl- und Tischfabrik **Themar** (Thüringen). Anfragen an die Zahlstelle Themar.

6 tüchtige **Tischler** auf bessere eichene Schlafzimmer per sofort gesucht.
Möbelfabrik Ablung.
Anfrage zu richten an Zahlst. **Schleusingen.**

2 tüchtige **Möbeltischler** sucht
M. C. Brincken, Möbelfab., **Hadersleben.**

Tüchtige **Zeichner** für ein Zeichenbureau per sofort gesucht. Absolventen der Tischlerfachschule Ilmenau bevorzugt. Offert. unt. **R. S. 278** an die Exped. d. Ztg.

1—2 tüchtige **Möbeltischler** für dauernde Winterarbeit stellt ein
Möbelfabrik, Camburg a. Saale.

Tüchtiger **Stuhlbauer** sowie ein **Tapezierergehilfe** finden dauernde Beschäftigung bei **E. Holdt,** Möbelfabrik in **Lügumkloster** (Schleswig).

Einige nur durchaus tüchtige
Stuhlschreiner
für bessere Arbeit zu sofortigem Eintritt gesucht von Fabrik feiner Sitzmöbel. Stellung dauernd. Arbeitsverhältnis nach Tarif. Anfragen zu richten an **Lokalverwaltung** der Zahlstelle **Marbach** bei Stuttgart.

Polierer auf bessere Möbel bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht.
J. H. Carstens, Flensburg.

Mehrere **Stuhlpolierer** bei sofortigem Antritt sucht Stuhlfabrik **Krumwiede, Celle,** Hannover.

Tüchtiger **Beizer** zum sofortigen Antritt für dauernde Arbeit gesucht.
Karl Kuhrmeier
Möbelfabrik und Kunstgewerbliche Werkstätten
Peine b. Hannover.

Ein **äußerst tüchtiger** und erfahrener **Fräser** für alle Fräsarbeiten auf der Tischfräse, möglichst auch Bock- und Oberfräse, sowie **tüchtige Möbelschreiner** für gute Salonmöbel für dauernd gesucht. Neue moderne Fabrikanlage. Verheiratete erhalten Umzugsvergütung. **Schubert u. Schramm, Möbelfabrik, Uttwil** a. Bodensee (Schweiz).

Einen tüchtigen **Fräser** stellt ein
Wolgaster Holzindustrie-Aktiengesellsch.
Wolgast in Pommern.

Suche 1 bis 2 **Drechsler** für dauernd. Saubere Arbeiter. **F. Reimers,** Dampfdrechslerei, **Bützow** (Mecklenburg).

Einige tüchtige **Vergolder** finden sofort dauernde Beschäftigung.
Mecklenburgische Goldleistenfabrik
Parchim i. Mecklbg.

Tüchtiger **Farbigmacher,** der besonders auf bessere Leisten gut eingearbeitet ist, in dauernde Stellung gesucht.
Aurich u. Gredsche, Meerane (Sachsen).

Einige tüchtige **Furnierer** zum Aufreiben von Leisten f. dauernde Beschäftigung gesucht.
Mecklenburgische Goldleistenfabrik
Parchim (Mecklenburg).

Tüchtiger **Doublierer** für Hornkämme per sofort bei gutem Lohn nach Ungarn gesucht. Maschinenfabrik **Claußner, Nürnberg-Doos.**

Tüchtiger **Grundierer** gesucht, zum sofortigen Antritt.
Dittmann u. Christiansen, Goldleistenfabrik, Hamburg 33, Pestalozzistr. 18.

Ein tüchtiger **Stellmachergeselle** gesucht.
Ferdinand Helms, Stellmacher
Winsen a. d. Aller, Kreis Celle.

Tüchtiger **Bürstenmacher** gesucht, welcher auch bohren und auf Band- und Kreissäge schneiden kann. Ich reflektiere auf einen soliden, zuverlässigen Arbeiter, der selbstständig arbeiten kann und auf dauernde Stelle rechnet. **Jean Christanz, Gelnhausen,** Reg.-Bez. Kassel.

Korbmacher
auf Geschlagen, Rohrarbeit und Gestellarbeit sucht **H. Wust, Innsbruck,** Tirol, Maximilianstr. 48.

Korbmacher auf sofort gesucht. Nur solche wollen sich melden, welche perfekt und selbstständig auf bessere Peddigrohrmöbel arbeiten können. **Aug. Naumann, Herford** i. Westf., Remnstr. 46/48.

Korbmacher sucht **Albert Gregori, Harthau** b. Chemnitz, Klaffenbacherstr. 42.

Gesucht auf sofort 8 jüngere **Korbmacher** auf Mattarbeit (Fischkörbe).
C. Ficke, Oldenburg i. Gr.

2 Korbmachergehilfen sucht per sofort oder später bei hohem Lohn u. ausdauernder Beschäftigung. **Ernst Börner,** Korbmachermeister, **Thum** im Erzgebirge.

Mehrere tüchtige, solide **Korbmacher** auf grün Geschlagen und Mattarbeit erhalten bei gutem Akkordlohn dauernde Stellung. Helle Werkstatt (Neubau). Gutes prima Material.
Peter Wiesner, Korbmachermeister
Groß-Umstadt (Hessen).

Dilettanten-Hobelbänke
185 cm lang, pro Stück 23 Mk., versenden gegen Nachnahme oder vorherige Kasse
Gebr. Haase, G. m. b. H., Werkzeugfabrik, **Liegnitz.**

Quittungs-Marken und Kautschuk - Stempel
liefert seit 80 Jahren
Jean Holze & Co.
Hamburg, Besenbinderhof 70.

Eingelegte Furniere
für Nähtische, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken.
Zahlreiche Anerkennungsschreiben.
E. Biller, Marqueteur, **Heidelberg**
Theater-Strasse 7.

Alles zur Laubsägerei

Kerbschnitt und Holzbrandmalerei
liefert allerbilligst
J. L. Hahn, Maxdorf 11 (Pfalz).
Katalog gratis und franko.

Hoher Verdienst.

An allen Plätzen werden redegewandte Tischler zum Vertrieb eines patentierten und begehrten Werkzeuges gesucht. Offert. unter **A. W. 275** an Exped. d. Ztg.

Als Sozius.

Instrumentenbauer oder Tischler mit einem disponiblen Kapital von mindestens 5000 Mk. von ein. klein. gut eingericht. Pianofortefab. gesucht. Erstklassig. Stimmer bevorz. Offert. unter **J. T. 276** an die Exped. d. Ztg.

Deutsches Technikum

Lehr-Institut für Technischen Fern- und Korrespondenz-Unterricht. — Berlin W 50, Kulmbacherstr. 4. Leiter: Regierungs-Bauführer a.D., Dipl.-Ingenieur R. Barkow. — Gediegene theoretische Ausbildung für **Bau- und Möbeltischler: Tischlermeister, Werkmeister u. Werkführer von Tischlereien, Möbelzeichner usw.** *sowie* **Vorbereitung auf die gesetzliche Meisterprüfung** *durch schriftlichen Unterricht nach erfolgreicher Methode und ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. — Glänzende Erfolge und Anerkennungen. — Honorar mäßig. Aufnahme zu jeder Zeit.*

Ausführlich. Programm gratis.

Deutschlands einzige mit Kunstlehranstalt verbundene
Tischlerfachschule Ilmenau.
Schnelle und sichere Ausbildung. Intern. kostenloser Stellennachweis. Programm frei.

Kunstgewerbliche Tischlerschule
Blankenburg, H. 2
Programm frei. Direktor Reinecking.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Nürnberg, Kirchenweg 14. ● Erstklassige Lehranstalt. Dir. Carl Halbauer.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, Hamburg 23

Unübertroffen und darum von so grosser **Werbekraft** sind mein wasserechtes **Peha-Matt,** meine nach eigenem Verfahren hergestellten und **gereinigten Schellackpolituren** und meine hochmodern, **Holzbeizen,** die sich durch besondere Farbenpracht auszeichnen (Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, Ambranitbeizen usw.) Mein **neues Polierverfahren** hat sich glänzend bewährt. Es ist durch **Reichspatente gesetzlich geschützt!**

Man **erspart: Material, Zeit, Arbeit!**

Ich versende **zum Versuch** ein Körbchen, enthaltend:

1 Fl. Peha-Matt	1 Dose Porenfüllpulv. Mon-Ak (nussb.)
1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt	1 „ „ Marmor-Mono (mahag.)
1 „ Patentpolitur zum Reinpolieren	1 Tube Inkrustationskitt, blond (zum
1 „ allerf. Politur-Glanzlack (blond)	Auskitten schadhafter Holzstellen)
1 „ Schleif- und Polieröl (gelblich)	1 St. Kork-Schleifklotz (120×75×30 mm)

Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskolle zum Polieren zu 8 Mk., franko inkl. Emballage.

Mein **Lehrbuch der Schmuck- und Schutzarbeiten des Holzes** (so ist jetzt der Titel der Anleitungen für das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen usw.) ist nunmehr in **II. revidierter und illustrierter Auflage** erschienen. Dies allseitig **glänzend beurteilte** Werk kostet im Buchhandel 1,50 Mk., bei Bezug von 10 Exemplaren auf einmal werden nur 10 Mk. berechnet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Sie erscheint bereits im V. Jahrgang und rasch hat sie in weiten Kreisen grossen literarischen Ruf erlangt! **Abonnement 3 Mk. das Jahr.**

Die Elementar-Konstruktionen der Tischlerei. Von **Paul Horn.** In der Konstruktion zeigt sich der Meister der Holzarbeit! Rasch haben sich denn auch diese Zeichnungen mit dem erläuternden Text die Anerkennung erster Fachleute erworben. In bester Verpackung werden sie **postfrei für 1 Mk. versandt.**

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesellsch. m. b. H. in Berlin.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.